

*Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

am 21. März 2011 verleiht der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, den Preis der Berliner Tulpe für den deutsch-türkischen Gemeinsinn. Die Preisverleihung findet um 18:00 Uhr im Berliner Rathaus statt. Interessierte werden gebeten, sich spätestens bis zum 11. März für diese Veranstaltung anzumelden. Näheres auf [Seite 4](#).

"Demokratie, Vielfalt, Respekt" sind die Schlüsselwörter des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, dem sich eine neue Publikation des Senats widmet. Einen Einblick in das Landesprogramm und die Arbeit der Projekte gibt die neue Publikation "Berlin schaut hin - Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus", die kostenlos im Büro des Berliner Integrationsbeauftragten bestellt werden kann. ([Seite 7](#))

Profilierte Autorinnen und Autoren aus Kultur, Gesellschaft und Medien schreiben über ihr Leben in Deutschland, über Heimat und Fremde, über ihr Muslim- oder Nicht-Muslim- Sein anlässlich der Debatte um Thilo Sarrazin und die Folgen in dem „Manifest der Vielen“. Einen Hinweis auf das Buch finden Sie auf [Seite 36](#).

*Ihre Redaktion*

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 01.04.2011.  
Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2011 (Nr. 78) ist der 25.03.2011.

**IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration.** Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: [Newsletter@intmig.berlin.de](mailto:Newsletter@intmig.berlin.de). Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320, Martina Gembus, IntMig B 4, (030) 9017-2327 (Vertr.). Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html>. 01.03.2011 [1.612 | Jahrgang 28]

Der interkulturelle  
Kalender für den  
Monat März

1	
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	Internationaler Frauentag, Fastnacht
9	
10	Christl. Fastenzeit 9.3. bis 23.4.
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	St. Patrick
18	
19	Holifest
20	Purimfest
21	Neujahrsfest Iraner 1390
22	Afghanen 1390
23	Newroz 2623
24	Baha'i 168 u. a.
25	
26	
27	
28	
29	
30	
31	

**Integrationsbeauftragter aktuell**

21.03., Berliner Rathaus: Preisverleihung der Berliner Tulpe 2011. Anmeldung bis <b>11.03.2011</b>	4
Roma aus Bulgarien sind keine Illegalen	4
Ein Zeichen der Verbundenheit.	
Berliner Muslime besuchen gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten die koptische Gemeinde	5
Fortentwicklung der Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Handlungsfeld „Bildung und Jugend für Demokratie“	5
Integrationsssenatorin Bluhm: "Dialogbereitschaft der Muslime annehmen!"	5
Land Berlin begegnet "Demokratieerklärung" des Bundes mit Rechtsmitteln	5
Zum 6. Todestag von Hatun Sürücü: Gegen Zwangsverheiratung - für ein Leben ohne Gewalt	6
Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus - Was tut Berlin?	7
Anerkennung von Bildungsabschlüssen hat Priorität - Fachkräftepotenzial von Migrantinnen und Migranten nutzen	8

**Aus dem Landespressedienst**

Kita-Besuch in Berlin seit 1. Januar beitragsfrei	8
Der „Deutsche Lehrpreis – Unterricht innovativ“ wird erneut ausgeschrieben	
Anmeldung bis <b>15.03./ 30.05.2011</b>	9
Kulturstaatssekretär André Schmitz besucht Koptischen Weihnachtsgottesdienst	10
Berliner Dialog der Religionen	10
Schulen und Jugendeinrichtungen vernetzen sich im Engagement gegen Rechtsextremismus	11
Erfolgsgeschichte: 20 Jahre Berliner Landesgleichstellungsgesetz	11
Broschüre „Kinderbetreuung in Berlin“ erschienen:	12
Berlin stellt eingetragene Lebenspartnerschaften in allen landesrechtlichen Fragen mit Ehen gleich	12
Wowereit zum Holocaust-Tag	13
Junge Muslime diskutieren über Islamfeindlichkeit, Extremismus und religiöse Toleranz	13
Neue Publikation des Berliner Verfassungsschutzes: "Zerrbilder von Islam und Demokratie"	14
Berlin kompensiert fehlende Bundesmittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ zu 100 %	14
Schlag gegen vietnamesische Schleuser	15
Wowereit trifft EU-Kommissarin: Malmström beim Verein südost Europa Kultur e.V.	15

**Anfragen an den Senat**

„Überfüllte Erstaufnahmestelle?“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite	16
---	----

**Aus Europa, Bund und Ländern**

Berliner Europaportal und Europa-Newsletter	18
Online-Plattform gegen Menschenhandel eingerichtet	18
2011 - Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit	19
6. Integrationsministerkonferenz: Beschlussniederschrift	19
Sarrazin-Debatte trübt Zuversicht bei Zuwanderern in Deutschland SVR sieht „Eigentor“	20
41.332 Asylanträge im Jahr 2010. Anzahl steigt um 50 Prozent gegenüber Vorjahr	21
3.748 Asylanträge im Januar 2011	21
Bundesregierung beschließt Härtefallregelung im Bundesvertriebenengesetz	21

**Initiativen**

Bündnis für Kinder Preis 2011. Frist: <b>31.03.2011</b>	22
START-Schülerstipendien. Frist: <b>15.03.2011</b>	22
„Hauptstadtpreis für Integration und Toleranz“. Frist: <b>21.03.2011</b>	23
Stiftung EVZ - Fotowettbewerb 2011: Alle Menschen sind frei und gleich. Frist: <b>31.07.2011</b>	24

**Qualifizierungen**

Projekt QSI nova.	
Neue Wege im neuen Jahr gehen - vielleicht sogar bis zum deutschen Berufsabschluss?	.....24
European Master in Intercultural Education.	
Weiterbildender Masterstudiengang für das akademische Jahr 2011/12. Bewerbungsfrist: 30.04.2011	.....25
Neue Ausbildung für junge Erwachsene:	
„Counselor der Konfliktpsychologie in der Familienhilfe“. Seminarbeginn: 31.03.2011	.....25
FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB): Modulares Lernangebot: Bildbearbeitung für Print und Web. Beginn: 28.2.2011 (Späterer Einstieg möglich); Moodle für Fortgeschrittene. Beginn: 06.04.2011	.....26

**Workshops/ Tagungen**

04.05., bridge – Fachveranstaltung: Flüchtlinge als Fachkräfte - Wie Unternehmen aktiv werden	.....27
---	---------

**Aus Projekten und Vereinen**

Babel e.V.: Programm März 2011	.....28
Bayouma-Haus: Programm März 2011	.....29
UMVERTEILEN! Stiftung für eine, solidarische Welt	
Arbeitsgruppe Er-Fahren fördert Begegnungsreisen in die Türkei	.....31
MRBB: Einheit der NGOs im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung	.....32
AWO-Begegnungszentrum Monatsprogramm März 2011	.....32

**Veranstaltungen**

06.03., allmende e.V.: 100 Jahre Weltfrauentag 50 Jahre Einwanderung aus der Türkei	.....33
14. bis 27. März, Gesicht Zeigen!: Aktionswochen gegen Rassismus Veranstaltungsüberblick	.....34
Werkstatt der Kulturen Programm März 2011	.....34
14.03., Deutsches Theater: Die Abenteuer des Homo Migrantis-Berlin.	
Einwanderungsgeschichten der 2. und 3. Migrationsgeneration	.....35
22.-26.03.: Islamwoche Berlin	.....36

**Veröffentlichungen/ Internet-Tipps**

Online-Studie.	
Friedrich-Schiller-Universität Jena befragt Menschen mit türkischen Migrationshintergrund	.....36
Sachbuch: Manifest der Vielen. Wir leben heute schon in der Welt von morgen	.....36
Neue Veröffentlichung: WIDERSPRUCH 59. Integration und Menschenrechte	.....37
Naika Foroutan (Hrsg.): Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand -	
Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland	.....37
Download: Mehrsprachige Patientenfragebögen und Therapiepläne	.....37
tip doc: Arzt-Patient-Gespräch in Bildern	.....38

## Integrationsbeauftragter aktuell



21.03., Berliner Rathaus:

### PREISVERLEIHUNG DER BERLINER TULPE 2011

Anmeldung bis **11.03.2011**

An alle Freunde der Berliner Tulpe für den deutsch-türkischen Gemeinsinn

Am 20. Januar hat die Jury der Berliner Tulpe für den deutsch-türkischen Gemeinsinn getagt und unter 23 Bewerbungen die Preisträger ausgewählt. Der Jury gehörten an:

- Herr Günter Piening, Juryvorsitzender, Integrationsbeauftragter des Senats
- Frau Aydan Özoguz, Mitglied des Bundestages
- Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D
- Frau Reinhild Winkler, ehem. Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Berlin
- Herr Friedrich Moll, ehem. Moderator der Abendschau
- Herr Nihat Sorgeç, BWK BildungsWerk in Kreuzberg GmbH
- Herr Bahattin Kaya, Kaya Reisen GmbH
- Herr Murat Topal, Comedien
- Frau Prof. Dr. Pakize Schuchert-Güler, Professorin an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin

Die Jury hat auch in diesem Jahr entschieden den Preis zu teilen, so dass der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Klaus Wowereit in diesem Jahr drei Preise überreichen wird.

Wir freuen uns auch in diesem Jahr auf eine interessante Preisverleihung, zu der auch wieder Gelegenheit sein wird, sich mit vielen Akteuren auszutauschen

Wir laden ein zur

**Preisverleihung der Berliner Tulpe 2011  
am 21. März 2011  
um 18.00 Uhr  
Berliner Rathaus im großen Saal**

Bitte teilen Sie uns bis spätestens Freitag, den 11. März 2011, 16.00 Uhr, per E-Mail mit, ob Sie der Einladung folgen können und mit wie vielen Personen.

Bitte schreiben Sie an:

[Mara.Theuerl@intmig.berlin.de](mailto:Mara.Theuerl@intmig.berlin.de)

Internet: <http://www.berlinertulpe.com>

### ROMA AUS BULGARIEN SIND KEINE ILLEGALEN

Zu der aktuellen Diskussion um die Beschulung von Kindern aus bulgarischen Roma-Familien, die sich in Berlin nicht angemeldet haben, erklärt Berlins Integrationsbeauftragter Günter Piening:

"In verschiedenen Medienbeiträgen wurden in den letzten Tagen Roma, die sich in Berlin nicht angemeldet haben, als 'Illegale' bezeichnet. Dieses ist vollkommen irreführend. Bei dem Personenkreis der europäischen Roma handelt es sich überwiegend um Staatsangehörige aus den neuen Beitrittsstaaten Bulgarien und Rumänien und Ungarn. EU-Bürger haben das Recht, jederzeit in die anderen Staaten des Gesamtgebietes der EU einzureisen und sich dort aufzuhalten. Für die ersten drei Monate genügt der Besitz eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses. Spätestens nach Ablauf dieser drei Monate wird eine Bescheinigung über das Aufenthaltsrecht ausgestellt, wenn die Betroffenen freizügigkeitsberechtigt sind.

Aber auch danach, bzw. bei Nichteinhaltung melde-rechtlicher Vorschriften, sind die Betroffenen nicht illegal: Der fehlende Besitz einer Freizügigkeitsbescheinigung stellt weder eine Ordnungswidrigkeit noch eine Straftat dar. Eine Ausreisepflicht besteht nur dann, wenn die Ausländerbehörde durch schriftlichen Bescheid das Nichtbestehen des Freizügigkeitsrechts festgestellt hat. Nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung (damit ist eine hinreichend schwerwiegende Gefährdung eines Grundinteresses der Gesellschaft gemeint; dieser Begriff ist eng auszulegen), Sicherheit oder Gesundheit kann der Verlust eines Freizügigkeitsrechts durch entsprechenden Bescheid der Ausländerbehörde festgestellt werden (§ 6 Abs. 1 FreizügG/EU)."

Mehr Informationen zu den Rechtsgrundlagen zum Aufenthalt der Roma und europäischen Wanderarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer sind einer Handreichung des Integrationsbeauftragten zu finden, die unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/recht/index.html>

als Download bereit steht.

(Pressemitteilung, 17.1.2011)

## EIN ZEICHEN DER VERBUNDENHEIT

### Berliner Muslime besuchen gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten die koptische Gemeinde

Der blutige Anschlag in der Neujahrsnacht auf eine Kirche der koptischen Christen im ägyptischen Alexandria hat weltweit für Entsetzen und Abscheu gesorgt, auch unter Muslimen. 23 Menschen waren bei dem Selbstmordattentat ums Leben gekommen.

Trauer und Sorge überschatteten das bevorstehende Weihnachtsfest, das die Kopten wie die meisten orthodoxen Christen jetzt am 7. und 8. Januar begehen.

Das ist auch in der Berliner koptischen Gemeinde zu spüren, die heute Abend die Weihnachtsmesse in der Lichtenberger St.-Antonius- und St.-Shenouda-Kirche feiern wird.

Um ein Zeichen ihrer Verbundenheit zu setzen, werden Muslime aus dem Berliner Islamforum gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten Günter Piening an der Weihnachtsfeier teilnehmen. Piening: "Gerade weil die Attentäter ihren Mordanschlag religiös verbrämen wollten, ist es wichtig, zusammen zu stehen. Berlin ist eine Stadt, in der alle Religionen ohne Angst zu Hause sein können. Die Täter müssen wissen, dass sie für ihre Taten und für die zugrunde liegenden Haltungen kein Verständnis bekommen – nirgends. Dies ist keine Frage, ob jemand religiös ist oder nicht oder welcher Religionsgemeinschaft er angehört. Die Terroristen wollen einen Keil zwischen Religionen und Kulturen treiben. Das wird ihnen nicht gelingen. Das lassen wir nicht zu."

Die Vertreter des Berliner Islamforums bekunden den koptischen Christinnen und Christen nicht nur hier in Berlin ihre Anteilnahme. Sie wünschen ihnen Kraft und Stärke in dieser schweren Zeit und hoffen auf ein friedvolles Weihnachtsfest.

Das Berliner Islamforum wurde 2005 in Kooperation zwischen dem Integrationsbeauftragten und der Muslimischen Akademie in Deutschland gegründet. Es ist die derzeit wichtigste Einrichtung für den Austausch zwischen islamischen Gemeinschaften und staatlichen Institutionen.

[Pressemitteilung, 6.1.2011]

### Fortentwicklung der Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Handlungsfeld „Bildung und Jugend für Demokratie“

(„Berliner Landeskonzption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Handlungsfeld „Bildung und Jugend für Demokratie“ weiter entwickeln und verstetigen“, Mitteilung – zur Kenntnisnahme, Drs Nr. 16/3798 v. 12.01.2011)

<http://www.parlament-berlin.de/ad0s/16/IIIPlen/vorgang/d16-3798.pdf>

Pressemitteilung vom 21.01.2011, 16:20 Uhr  
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**Integrationsssenatorin Bluhm:**  
**"DIALOGBEREITSCHAFT  
DER MUSLIME ANNEHMEN!"**

Bei einem Besuch in der Moschee Sehitlik der DITIB am Columbiadamm würdigte Integrationsssenatorin Carola Bluhm besonders das hohe ehrenamtliche Engagement der dort wirkenden Muslime. "Über 100.000 Besucherinnen und Besucher hat diese Moschee jährlich. Jeden Tag gibt es dort Führungen, die von vielen ehrenamtlichen Gemeindemitgliedern durchgeführt werden. Für mich ist das Ausdruck einer sehr hohen Dialogbereitschaft in die Stadtgesellschaft hinein. Ich hoffe, dass diese Bereitschaft gesehen und auch angenommen wird. Für das friedliche Miteinander in unserer Stadt wäre es ein großer Gewinn, wenn ein Dialog zu mehr Verständnis füreinander und mehr Kenntnis übereinander führen würde."

Die Sehitlik-Moschee ist eine der ältesten Moscheen in Berlin. Sie dient türkischstämmigen, aber auch anderen Muslimen in Berlin als Gebetsstätte. Ihre historische Besonderheit und ihre repräsentative Architektur erwecken das Interesse vieler Gäste.

In den vergangenen Monaten ist auf das Gebetshaus vier Mal ein Brandanschlag ausgeübt worden. Senatorin Bluhm kündigte an, auch künftig Gebetshäuser und Einrichtungen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften zu besuchen und das interkulturelle Gespräch zu suchen.

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: (030) 90282743

Pressemitteilung vom 27.01.2011, 13:30 Uhr  
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**LAND BERLIN BEGEGNET  
"DEMOKRATIEERKLÄRUNG"  
DES BUNDES MIT RECHTSMITTELN**

Träger von Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sollen künftig eine sogenannte "Demokratieerklärung" unterschreiben als Voraussetzung dafür, Fördergelder aus dem neuen Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" zu erhalten. Mit der Erklärung müssen sich Zuwendungsempfänger nicht nur zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen, sondern sich auch verpflichten, all ihre potentiellen Partner auf Verfassungstreue zu überprüfen und sie im Zweifel dem Bund oder dem Verfassungsschutz zu melden.

Das Land Berlin hat beim Bund Widerspruch gegen die Kopplung der Demokratieerklärung an die Förderung der Träger eingelegt. In seiner Begründung beruft sich das Land auf ein Gutachten des Verwaltungsrichters

Prof. Dr. Ulrich Battis, nach dem Teile der Erklärung "verfassungsrechtlich bedenklich" sind und gegen den Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen würden.

Dazu erklärt Senatorin Carola Bluhm, deren Senatsverwaltung das "Landesprogramm gegen Rechtsextremismus" finanziert und umsetzt: "Vereine und Projekte stehen jetzt vor der existenziellen Entscheidung, eine zweifelhafte Erklärung zu unterschreiben und Aufgaben des Verfassungsschutzes zu übernehmen oder ihre Arbeit reduzieren oder gar einstellen zu müssen. Im Kampf gegen extremistische Strukturen und für die Betroffenen von rassistischer und rechtsextremer Gewalt ist das ein herber Rückschlag. Gerade ein demokratischer Staat braucht eine starke Zivilgesellschaft, insbesondere an den Stellen, an denen demokratische Normen und Werte nicht verankert sind. Deshalb hat die Fortführung der bisher geleisteten Arbeit gegen Rassismus und Extremismus für uns höchste Priorität.

Stattdessen wird nun engagierten Gruppen - kleinen antifaschistischen Initiativen ebenso wie kirchlichen Trägern oder Betroffenen neonazistischer Gewalt - ein besonderes staatliches Misstrauen entgegen gebracht. Ihr oft mühsamer Einsatz für die alltägliche Umsetzung demokratischer Werte und die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe möglichst vieler Menschen sollte gewürdigt und nicht behindert oder gar unmöglich gemacht werden. Zudem haben erst kürzlich die Landesämter für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen und Bayern gerichtliche Niederlagen bei der Einstufung antifaschistischer Zeitungen und Archive als "linksextremistisch" hinnehmen müssen. Vielmehr zeigen neueste empirische Befunde zum Rechtsextremismus, dass diese antidemokratische Einstellung eben nicht an den 'extremen Rändern' der Gesellschaft, sondern auch in ihrer Mitte erkennbar ist.

Ein tragfähiges Bekenntnis zur Demokratie darf nicht auf ordnungspolitischen Erwägungen basieren. Es setzt vielmehr ein Demokratieverständnis voraus, das auf Anerkennung der unteilbaren Menschenwürde beruht."

Rückfragen: Karin Rietz, Telefon: (030) 9028 2743

---

Pressemitteilung vom 04.02.2011, 13:10 Uhr  
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**Zum 6. Todestag von Hatun Sürücü:  
GEGEN ZWANGSVERHEIRATUNG -  
FÜR EIN LEBEN OHNE GEWALT**

Am 7. Februar 2005 wurde Hatun Sürücü von ihrem Bruder erschossen, weil sie sich für ein selbstbestimmtes Leben entgegen den Vorstellungen ihrer Familie entschieden hatte. Ihr Tod, der zum Symbol für so genannte "Ehrenmorde" geworden ist, hat damals eine intensive Debatte über Zwangsverheiratungen und Gewalt im Namen der Ehre ausgelöst. Seitdem hat sich das öffentliche Bewusstsein zu diesem Thema gewandelt.

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm: "Wir trauern um Hatun Sürücü. Wir haben sie nicht vergessen. Ihr Schicksal mahnt uns, jede Form von Gewalt gegen Mädchen und Frauen, die ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben wahrnehmen wollen, zu ächten und zu verfolgen. Grundwerte und Menschenrechte sind nicht teilbar, und wir dürfen quer durch die Religionen und Kulturen nicht zulassen, dass sie unter dem Deckmantel religiöser und kultureller Besonderheiten ausgehöhlt oder in Frage gestellt werden. Die Sensibilität für das Thema hat in den vergangenen Jahren zugenommen, Frauen und Mädchen erfahren mehr Unterstützung, ob an Schulen, in Migrantengemeinschaften oder in Politik und Verwaltung. Darüber bin ich froh."

Bluhm forderte die Bundesregierung auf, beim derzeit diskutierten Gesetz gegen Zwangsheirat Verschlechterungen für Frauen zu verhindern: "Mir ist völlig unverständlich, warum man bei einem Gesetz gegen Zwangsheirat die Situation für die betroffenen Frauen noch verschärfen will. Wenn Frauen zukünftig erst nach drei statt nach zwei Jahren Ehe eine eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten, dann zwingt man sie, länger in gewalttätigen Ehen auszuhalten. Das ist nicht hinnehmbar."

Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen: "Wir verfügen in Berlin über ein gut ausgebautes Hilfesystem für gewaltbetroffene bzw. für von Zwangsverheiratung bedrohte Mädchen und Frauen. Neben einer effektiven Intervention ist es aber auch unser Ziel, dass zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Lösungen für familiäre Konflikte gefunden werden, damit es gar nicht erst zu gewaltsamen Eskalationen kommt. Dabei sind leicht zugängliche Beratungsangebote wie beispielsweise die online-Beratung SIBEL, aber auch die Angebote in den Frauenprojekten und die Schulaktionen des Arbeitskreises gegen Zwangsverheiratung besonders wirksam. Wichtig ist auch die Einbindung der Communities in die Diskussion mit dem Ziel, Gewalt gegen Frauen und Mädchen in jeglicher Form zu ächten. Hier konnten im vergangenen Jahr die Kontakte verstärkt und der Austausch konstruktiv vertieft werden."

Betroffene finden in Berlin Hilfe und Beratung bei der BIG-Hotline (Tel. 611 03 00), beim Mädchennotdienst (Tel. 61 00 63), dem Jugendnotdienst (Tel. 61 00 62) oder per E-Mail über [beratung@papatya.org](mailto:beratung@papatya.org) oder <http://www.sibel-papatya.org>.

Unterstützungsangebote zeigt auch der "Wegweiser für von häuslicher Gewalt betroffene Migrantinnen" unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/wegweiser/index.html>.

Im Gedenken an Hatun Sürücü wird am 7.2.2011 um 15 Uhr, Oberlandgarten 1/Ecke Oberlandstraße in Tempelhof eine Kranzniederlegung stattfinden, an der Senatorin Bluhm teilnehmen wird.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: (030) 90282743

Pressemitteilung vom 07.02.2011, 12:35 Uhr  
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**RASSISMUS, ANTISEMITISMUS,  
RECHTSEXTREMISMUS - WAS TUT BERLIN?**

"Demokratie, Vielfalt, Respekt" sind die Schlüsselwörter des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, dem sich eine neue Publikation des Senats widmet. Anlässlich der Vorstellung der Publikation informierte sich Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm im Anne Frank Zentrum in Berlin-Mitte über die Auseinandersetzung mit alten und neuen Formen des Antisemitismus.

Senatorin Bluhm: "Berlin ist eine weltoffene Metropole. Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus trägt dazu bei, dieses Klima der Weltoffenheit und des Respekts zu stärken. Dabei geht es nicht nur um die Auseinandersetzung mit den dumpfen Parolen der ewig Gestrigen. Rechtspopulistische Positionen reichen weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Mit dem Landesprogramm geben wir eine klare Antwort auf diese Bedrohungen: Wo immer Menschen glauben, sie müssten die eigene Position über die Abwertung von Minderheiten sichern, stoßen sie auf Widerspruch der Zivilgesellschaft."

Mit dem Landesprogramm werden rund 35 Projekte gefördert, die sich einerseits gegen den organisierten Rechtsextremismus wenden, aber auch mit Bildung, Beratung und Informationen die gesamte Gesellschaft zur Auseinandersetzung mit Menschenverachtung befähigen. Dafür sind seit 2002 Mittel beim Beauftragten für Integration und Migration etatisiert (2011: 2,325 Millionen Euro). Die große Akzeptanz der Projekte im Landesprogramm und die gute Nachfrage nach den Angeboten der Beratungs- und Bildungsprojekte sind ein Zeichen für den Erfolg des Programms. Allein das Anne Frank Zentrum hat 2010 etwa 9.000 Personen in pädagogischen Programmen erreicht und wurde von etwa 16.000 Personen im Rahmen von Einzelbesuchen (der Ausstellung oder bei Veranstaltungen) aufgesucht.

Das Anne Frank Zentrum (AFZ) steht dabei exemplarisch für den Berliner Ansatz, Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu bearbeiten. Das AFZ setzt an der Lebenswelt von Jugendlichen an, lässt sie teilhaben und vermittelt ihnen Kompetenzen, ihr Wissen weiterzugeben. Mit dieser Mischung aus historisch-politischer Bildung und Einbeziehung der heutigen Lebenswelt öffnet das Anne Frank Zentrum auch der jüngeren Generation, bei der ein unmittelbarer Bezug zu den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht mehr vorausgesetzt werden kann, neue Lernmöglichkeiten.

In der Stärkung und Stabilisierung solcher Ansätze sieht Bluhm die wesentliche Aufgabe des Berliner Landesprogramms: „Berlin hat eine aktive und aufmerksame Stadtgesellschaft, die den demokratischen Grundkonsens stärkt und menschenverachtenden Haltungen keinen Raum gibt. Das Landesprogramm des Berliner Senats unterstützt und stärkt diese demokratische Stadtkultur. Projekte der Bildungsarbeit wie das Anne Frank Zentrum sind dabei wichtige Stützpfeiler, genauso wie die Beratungsteams, deren Expertise über die Berliner Stadtgrenzen hinaus geschätzt und nachgefragt werden.“

Bestärkt sieht sie sich dabei in der umfangreichen Evaluation, die 2010 vom Institut DESI vorgenommen wurde. Darin wurde der Berliner Ansatz bestätigt, dass in Berlin eine stabile zivilgesellschaftliche Infrastruktur entstanden ist, die auch auf neue Herausforderungen reagieren kann.

In diesem Zusammenhang erneuerte Senatorin Bluhm ihre Kritik an der aktuellen Vergabep Praxis im Rahmen der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus: "Anstatt den offenen demokratischen Dialog zu befördern, schafft der Bund mit seiner „Extremismusklausel“ eine Atmosphäre des Misstrauens, indem er die Träger dazu verpflichtet, die Verfassungstreue von Kooperationspartnern zu überprüfen. Diese Praxis wurde zuletzt in einem Gutachten des Verfassungsrechtlers Professor Ulrich Battis als unvereinbar mit dem Grundgesetz kritisiert."

Bluhm weiter: "Der Berliner Senat wird die Projekte im Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus weiterhin fördern. Er wird ihre Arbeit für Demokratie und Menschenrechte auch in Zukunft unterstützen und begleiten. Während die Bundesregierung Projekte gegen Rechtsextremismus unter den Generalverdacht des Linksextremismus zu stellen scheint, werden wir in Berlin an der vertrauensvollen Zusammenarbeit festhalten."

Einen Einblick in das Landesprogramm und die Arbeit der Projekte gibt die neue Publikation "Berlin schaut hin - Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus". Sie ist kostenlos zu bestellen beim



Beauftragten des Senats für  
Integration und Migration  
Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin  
Tel.: (030) 9017 2351  
Fax: (030) 9017 2320  
E-Mail: [Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de](mailto:Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de)

Weitere Informationen gibt es unter:  
<http://www.Demokratie-Vielfalt-Respekt-in-Berlin.de>

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: (030) 90282743

Pressemitteilung vom 17.02.2011, 16:15 Uhr  
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
**Senatorin Bluhm**

**zur Integrationsministerkonferenz:  
ANERKENNUNG VON  
BILDUNGSABSCHLÜSSEN HAT PRIORITÄT -  
FACHKRÄFTEPOTENZIAL VON  
MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN NUTZEN**

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm zur Integrationsministerkonferenz der Bundesländer in Mainz: „Die Bundesregierung hat uns ihre Vorstellungen zur besseren Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikation präsentiert. Ich bin froh, dass es jetzt endlich vorangeht. Wir haben in Berlin viele hochqualifizierte Menschen, die eine Anerkennung ihrer Abschlüsse und Zusatzqualifizierung brauchen. Wenn das besser gelingt, haben wir gute Chancen, unseren Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken.“

Auf der Konferenz in Mainz stand auch das Thema „Integrationsmonitoring“ auf der Tagesordnung. Mit dem Monitoring wollen die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister bzw. Senatorinnen und Senatoren in regelmäßigen Abständen über Fortschritte und Defizite bei der Integration in den Bundesländern berichten.

Der erste Bericht unter Federführung Berlins und Nordrhein-Westfalens bestätigt für Berlin ein weit überdurchschnittliches Qualifikationsniveau in der migrantischen Bevölkerung. Aber er zeigt auch eine nach wie vor geringe Ausbildungsquote für Jugendliche aus eingewanderten Familien. Verglichen wurden Zahlen von 2005 und 2009.

„Insgesamt bestätigt der Bericht, das wir bei der Integrationspolitik auf dem richtigen Weg sind“, so Senatorin Bluhm. „Bei Qualifikation und Bildung ist das Bild differenziert. Wir haben in Berlin sehr gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten. Dieses Potenzial müssen wir noch besser nutzen. Die Ausbildungsquote bei migrantischen Jugendlichen ist dagegen nach wie vor viel zu niedrig. Hier ist vor allem die private Wirtschaft in der Pflicht. Sie hat die Defizite erkannt, dem müssen aber nun endlich Taten folgen.“

Mit 40,2 Prozent haben überdurchschnittlich viele der 18-65-jährigen Migrantinnen und Migranten in Berlin das Abitur (18- bis 65-jährige ohne Migrationshintergrund: 37,8 Prozent). Im Bundesgebiet sind es 25,1 Prozent. Der Anteil stieg in Berlin im Vergleich zu 2005 um vier Prozentpunkte.

Sehr hoch ist mit 30,4 Prozent im Vergleich zu anderen Bundesländern auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Staatsangehörigkeit, die das Gymnasium besuchen. Die Quote liegt 12 bzw. 15 Pro-

zentpunkte vor Bayern und Baden-Württemberg. Vergleichsweise niedrig ist mit 13,6 Prozent hingegen die Quote der Schüler nicht-deutscher Herkunftssprache, die eine Hauptschule besuchen. Zum Vergleich: In Bayern liegt der Anteil der Hauptschüler unter ausländischen Kindern bei 60 Prozent und in Baden-Württemberg 58,3 Prozent.

Schlecht schneidet Berlin im Ländervergleich im Hinblick auf die Ausbildungsbeteiligungsquote von ausländischen Jugendlichen ab. Sie liegt mit 6,5 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt von 14,4 Prozent. Die Zahl der Schulabbrecher hat sich verringert. Die Quote sank seit 2005 um sechs Prozentpunkte auf 17,2 Prozent, liegt aber weiter über dem Bundesdurchschnitt von 14,2 Prozent.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: (030) 90282743

## Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 03.01.2011, 13:15 Uhr  
**KITA-BESUCH IN BERLIN SEIT 1. JANUAR  
BEITRAGSFREI**  
**Wowereit und Zöllner werben in Eltern-Brief für  
Kindergarten als Bildungsstätte**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Mit der seit 1. Januar 2011 geltenden Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten sind in Berlin endgültig alle Bildungsgebühren beseitigt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit: „Der Senat hat damit seine Ankündigung, den Kitabesuch für alle beitragsfrei zu machen, konsequent umgesetzt. Wir sind damit bundesweit Vorreiter. Berlin nutzt die in unserem föderalen System vorgegebene Kulturhoheit der Länder, um im Bildungsbereich einen politischen Schwerpunkt zu setzen. Bildung ist der Schlüssel für Integration. Unsere Gesellschaft braucht inneren Zusammenhalt, wir wollen Menschen mit verschiedenem Sozial- und Migrationshintergrund zusammenführen.“ Das, so Wowereit weiter, beginne in Berlin bei den Kleinsten. Angesichts des demografischen Wandels und des spürbar werdenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften werde sich langfristig auch jede Bildungsinvestition im Kita-Bereich auszahlen.

Wowereit sagte mit Blick auf Kritik vorrangig süddeutscher Landespolitiker: „Andere, die die beitragsfreie Kita als Luxus denunzieren, den sie sich angeblich nicht leisten könnten, werden das Nachsehen haben. Wir müssen auch aus ökonomischen Gründen vorsorgen, um künftigen Arbeitskräftemangel zu begegnen. Berlin leistet hier bereits seit langem viel auch für andere Länder. Unsere Universitäten und Hochschulen bilden weit über den Bedarf der Region hinaus junge

Menschen aus. Davon profitieren nachhaltig auch diejenigen, die unsere Bildungspolitik kurzfristig attackieren.“

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und der Senator für Bildung, E. Jürgen Zöllner, appellieren in einem gemeinsamen Schreiben an die Berliner Eltern, das Angebot des freien Kita-Besuchs wahrzunehmen und dafür auch bei anderen Familien zu werben. Gut Deutsch zu sprechen, sei eine wesentliche Voraussetzung für Bildungserfolg sowie für das Gelingen einer Berufsausbildung.

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin dokumentiert den Brief, der den Familien derzeit zugeht, im Wortlaut:

„Das Jahr 2011 beginnt für alle Eltern und für alle Kinder mit einer guten Nachricht: Seit dem 1. Januar 2011 sind die letzten drei Kita-Jahre vor dem Schulbesuch beitragsfrei. Dies bedeutet für Eltern, deren Kinder eine Kita besuchen, eine jährliche Entlastung von durchschnittlich 680 Euro pro Kind.

Sie werden sicherlich schon festgestellt haben, dass sich der Kita-Besuch positiv auf die Entwicklung Ihres Kindes auswirkt – besonders beim Sprechen. Gut sprechen zu können ist die Voraussetzung für späteren Erfolg im Leben, in der Ausbildung und im Beruf. Leider ist es für viele Kinder nicht selbstverständlich, so gut Deutsch zu sprechen, dass sie bei Schulbeginn dem Unterricht ohne Probleme folgen können. Daher ist es wichtig, dass möglichst alle Kinder eine Kita besuchen. Der Kita-Besuch bedeutet für die Kinder täglich neue soziale Kontakte zu vielen Gleichaltrigen, er bedeutet Leben und Lernen in der Gruppe. Drei beitragsfreie Kita-Jahre sorgen auch für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen, dass berufliche Entwicklung und Familienleben nicht im Widerspruch stehen!

Berlin nimmt deutschlandweit beim Kita-Angebot einen Spitzenplatz ein. Davon profitieren Eltern und Kinder. Wir wissen aber auch, dass es manchmal Probleme gibt. Deshalb arbeiten wir daran, die Qualität der Krippen und Kitas in Berlin stetig zu verbessern.

Wir freuen uns, dass Ihr Kind eine Kita besucht, und wir möchten Sie als Eltern bestärken, sich am Kita-Leben zu beteiligen. Werben Sie auch im Verwandten- und Bekanntenkreis für den Besuch einer Kita! Am Geldbeutel scheitert es seit diesem Jahr nicht mehr. Helfen Sie mit, dass die Zeit in der Kita eine wichtige und positive Erfahrung wird!

Wir tun alles, damit Ihr Kind in einer anregenden und behüteten Atmosphäre aufwächst, die ihm optimale Chancen für das spätere Leben eröffnet. Gemeinsam mit Ihnen und Ihrem elterlichen Engagement wird Berlin eine Stadt für Familien und Kinder.“

Detaillierte Informationen zu Kitas und Kitabesuch in Berlin auf den Internetseiten der Bildungsverwaltung auf Berlin.de unter der Adresse

<http://www.berlin.de/sen/familie/kindertagesbetreuung/index.html>.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 04.01.2011, 14:25 Uhr  
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

## **DER „DEUTSCHE LEHRERPREIS – UNTERRICHT INNOVATIV“ WIRD ERNEUT AUSGESCHRIEBEN**

Anmeldung bis **15.03./30.05.2011**

Zum dritten Mal in Folge schreibt die Vodafone Stiftung Deutschland zusammen mit dem Deutschen Philologenverband den „Deutschen Lehrpreis“ aus. Der Wettbewerb verbindet zwei Kategorien: In der ersten Kategorie nominieren Schülerinnen und Schüler des Abschlussjahrganges 2011 an weiterführenden Schulen besonders engagierte Lehrkräfte, die das verantwortungsvolle Miteinander von Schülern und Lehrern fördern (Anmeldung bis zum 30. Mai 2011).

Die zweite Kategorie wendet sich direkt an die Lehrerinnen und Lehrer aus dem Sekundarbereich an deutschen Schulen, die fächerübergreifend unterrichten und im Team zusammenarbeiten. Für ideenreiche, innovative Unterrichtskonzepte werden Preise im Gesamtwert von 13.000 € ausgeschrieben (Anmeldung bis zum 15. März 2011).

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung: „Gute Lehrerinnen und Lehrer verdienen unsere Anerkennung. Neben der fachbezogenen Wissensvermittlung erfüllen sie heute zahlreiche zusätzliche Aufgaben wie die Beratung und Motivation der Schülerinnen und Schülern und deren Familien. Der Lehrerberuf ist einer der verantwortungsvollsten und schwierigsten Berufe überhaupt, für den wir alle Verständnis und Achtung aufbringen müssen. Unser gemeinsames Ziel soll es daher sein, seine Reputation zu verbessern und den Respekt vor ihm zu stärken. Denn gute Lehrkräfte und innovative Unterrichtsprojekte leisten einen erheblichen Beitrag für die Perspektiven der Kinder und Jugendlichen. Der Deutsche Lehrpreis trägt zu dieser notwendigen öffentlichen Anerkennung bei. Die Preisträgerinnen und -träger stehen exemplarisch für viele engagierte Lehrkräfte und ambitionierte Unterrichtsprojekte.“

Dr. Mark Speich, Geschäftsführer der Vodafone Stiftung Deutschland: „Nur eine Gesellschaft, die Lehrer in ihrer Arbeit unterstützt und diese Arbeit anerkennt, wird die besten Absolventen für den Lehrerberuf gewinnen können. Der „Deutsche Lehrpreis“ ist Ausdruck der Wertschätzung für Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land und ein Beitrag für ein funktionierendes Zusam-

menwirken von Schule, Schülerschaft und Elternhaus. Damit schaffen wir das Fundament für die Bildung und Entwicklung von jungen Menschen aus allen sozialen Schichten.“

Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes: „Der Deutsche Lehrpreis beweist: Durch die Zusammenarbeit von Lehrkräften im Team entstehen heute an zahlreichen Schulen innovative Unterrichtsmodelle, die wegweisend sind für die Modernisierung des Unterrichts in Deutschland. Was mir an den preisgekrönten Projekten besonders gefällt, ist die Tatsache, dass es samt und sonders keine abgehobenen Leuchtturmkonzepte sind, sondern Unterrichtsideen, die jederzeit an anderen Schulen wiederholbar und umsetzbar sind. Abschreiben ist nicht nur erlaubt, sondern erwünscht!“

Anmeldungen unter <http://www.lehrerpreis.de>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Pressemitteilung vom 06.01.2011, 11:15 Uhr  
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

**KULTURSTAATSSEKRETÄR  
ANDRÉ SCHMITZ BESUCHT  
KOPTISCHEN WEIHNACHTSGOTTESDIENST**

Kulturstaatssekretär André Schmitz, der auch für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinden zuständig ist, wird heute den Weihnachtsgottesdienst der Koptischen St. Antonius und St. Shenouda-Kirche in Berlin- Lichtenberg (Roedeliusplatz) besuchen.

Schmitz: Ich verstehe diesen Besuch als Zeichen der Solidarität mit der koptischen Gemeinde von Berlin vor dem Hintergrund des Anschlages in Ägypten und als Signal gegen Intoleranz und Fanatismus im Gewandt jedweder Religion. Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt, die Platz und Raum für alle Religionen und Weltanschauungen hat, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Der Senat wird den Dialog der Religionen in Berlin weiterhin aktiv unterstützen.“

Für den 17. Januar hat der Berliner Senat die Religionsgemeinschaften und interreligiösen Initiativen Berlins zu einem „Dialog der Religionen“ eingeladen. Die Auftaktveranstaltung im Roten Rathaus wird vom Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, eröffnet.

Rückfragen: Dr. Torsten Wöhlert, Telefon: 90 228 203

Pressemitteilung vom 07.01.2011, 12:30 Uhr  
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

**BERLINER DIALOG DER RELIGIONEN  
Konferenz zum Thema: Wie wird die Unkenntnis  
übereinander zur Neugier, voneinander zu lernen?**

In Berlin mit seinen über 250 Kirchen und Religionsgemeinschaften, gibt es zahlreiche Initiativen und Projekte, die sich der interreligiösen Verständigung und dem Dialog zwischen den Religionen verschrieben haben. Allerdings kennen sich die Akteure untereinander kaum und sind nur wenig vernetzt. Ein stadtweiter Dialog, wie er sich in anderen Städten längst etabliert hat, findet in Berlin bisher nicht statt.

Mit der Auftaktveranstaltung am 17. Januar 2011 wird der Anstoß für einen „Berliner Dialog der Religionen“ gegeben. Im Mittelpunkt steht dabei die Suche nach Gemeinsamkeiten für Fragen des Zusammenlebens im Berliner Stadtalltag. Ziel ist es, die Akteure der Berliner Religionsgemeinschaften und Initiativen des interreligiösen Dialogs an einen Tisch zu bringen und für eine auf Verständigung und Toleranz basierende Politik zu gewinnen.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit eröffnet am 17. Januar 2011 um 15.00 Uhr im Großen Festsaal des Roten Rathauses die Konferenz. Der Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten André Schmitz wird die Moderation der Veranstaltung übernehmen. Der Beauftragte für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften beim Regierenden Bürgermeister präsentiert eine Veröffentlichung, in der die Initiativen und Akteure des interreligiösen Dialogs in Berlin vorgestellt werden.

Anschließend wird Prof. Dr. Wolfram Weiße, Professor für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Religionspädagogik und für ökumenische Theologie sowie Direktor der Akademie der Weltreligionen ein Impulsreferat für das folgende Podiumsgespräch halten.

Auf dem Podium werden Sandra Anusiewicz-Baer, Bildungsreferentin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Joachim Hake, Direktor der Katholischen Akademie in Berlin, Tuba Isik-Yigit, Doktorandin und Mitglied der Deutschen Islam-Konferenz und Dr. Rüdiger Sachau, Direktor der Evangelischen Akademie zu Berlin die Frage diskutieren: „Wie wird die Unkenntnis übereinander zur Neugier, voneinander zu lernen?“.  
Bis zum Jahresende 2011 sind drei weitere Konferenzen des „Berliner Dialogs der Religionen“ geplant.

Rückfragen: Anika Senders, Telefon: 90 228 401

Pressemitteilung vom 11.01.2011, 12:25 Uhr  
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin  
**SCHULEN UND JUGENDEINRICHTUNGEN  
 VERNETZEN SICH IM ENGAGEMENT  
 GEGEN RECHTSEXTREMISMUS**

Aus der Sitzung des Senats am 11. Januar 2011:

Die Vernetzung von Schulen, Verbänden der Jugendarbeit und Trägern der Demokratiewerkarbeit im Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wird enger. Das zeigt ein Bericht an das Abgeordnetenhaus, den der Senat heute auf Vorlage der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, beschlossen hat.

In dem Bericht sind die Vernetzungsaktivitäten und Kooperationsmöglichkeiten im Bereich „Bildung und Jugend für Demokratie“ zusammengestellt. Der Senat unterstützt Aktivitäten in verschiedenen Bereichen:

- Im Rahmen der Schulstrukturreform entstehen mehr Ganztagschulen, die im Bereich der Demokratiewerkarbeit mit außerschulischen Partnern, etwa dem Landesjugendring oder Entwicklungspolitischen Organisationen, Kooperationen eingehen sollen.
- Eine Initiative der Senatsverwaltung für Bildung Wissenschaft und Forschung bringt seit Dezember 2010 Berliner Träger der schulbezogenen Demokratiewerkarbeit zusammen, ermöglicht einen Erfahrungsaustausch und verbessert die Kooperationen zwischen der Senatsverwaltung und Projektträgern.
- Die Schulinspektoren haben den Auftrag, die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur an den Schulen zu überprüfen.
- Die neue „Gesamtstruktur Schule – Jugendhilfe“ erleichtert die Zusammenarbeit in der Demokratiewerkarbeit, da sie verbindliche Kooperationen von Schulen und Jugendhilfe festlegt.
- Eine Vernetzung gibt es auch im „Berliner Beratungsnetzwerk für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus“. Dort kommen Akteure aus Verwaltung, Polizei und Zivilgesellschaft zusammen, thematisieren Strategien und erarbeiten Empfehlungen.

Das Zusammenwirken von Schulen, Jugendarbeit, den zuständigen Verwaltungen und den Trägern der Demokratiewerkarbeit, ihre Kooperation und Vernetzung werden in Berlin auf mehreren Ebenen umgesetzt. Die Netzwerke auf bezirklicher und kiezbezogener Ebene, die Vernetzungsinitiativen der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, aber auch die Netzwerke der Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bringen in ihren Aufgabenbereichen fachliches Wissen und praktisches Handeln zueinander.

Diese Vernetzung weiter voranzubringen, sieht der Senat als ressortübergreifende und gesamtstädtische Aufgabe im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: 9028-2743

Pressemitteilung vom 13.01.2011, 10:40 Uhr  
 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

**Erfolgsgeschichte:  
 20 JAHRE BERLINER  
 LANDESGLEICHSTELLUNGSGESETZ**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Am 13. Januar 1991 ist das Berliner Landesgleichstellungsgesetz (vormals Landesantidiskriminierungsgesetz) in Kraft getreten. Aus diesem Anlass hat Frauensenator Harald Wolf zu einem Festakt ins Rathaus Schöneberg, in den ehemaligen Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses, eingeladen. Vor 20 Jahren hatten dort die Abgeordneten einer gesetzlichen Grundlage für die Gleichstellungspolitik zugestimmt.

Frauensenator Harald Wolf ist überzeugt: „Das Landesgleichstellungsgesetz hat uns gleichen beruflichen Chancen der im Land beschäftigten Frauen und Männer nähergebracht. Berlin bleibt durch das LGG auf dieses Ziel als Arbeitgeber, als Teilhaber an Unternehmen sowie als Auftrag- und Zuwendungsgeber verpflichtet. Das Gesetz wirkt: So nähern wir uns einer paritätischen Verteilung von Frauen und Männern im höheren Einkommensbereich und in wichtigen Landesgremien. Weit mehr als vervierfacht hat sich der Anteil weiblicher Aufsichtsratsmitglieder in den Beteiligungsunternehmen des Landes. Der Frauenanteil stieg hier in den Jahren 2002 bis 2010 von 9,4 auf 42,1 Prozent. Im höheren Dienst in den obersten Landesbehörden hat er sich zwischen 2002 und 2008 von 33,7 auf 44,1 Prozent erhöht. Aufsichtsratspositionen der Anstalten öffentlichen Rechts sind mittlerweile paritätisch besetzt. Im höheren Landesdienst insgesamt gibt es mit 52,3 Prozent sogar bereits eine Mehrheit weiblicher Beschäftigter. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir besonders im Interesse der vielen alleinerziehenden Berlinerinnen weiter verbessern. Wichtiger Indikator für den Grad der Gleichstellung ist auch die Chance von Frauen auf Spitzenpositionen. Auch in diesem Bereich setze mich mit Nachdruck für die Frauenförderung ein. Die Erfahrung hat gezeigt, dass gesetzliche Regelungen hier unverzichtbar sind. Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Beschäftigungsbereich, sondern ebenso für die Privatwirtschaft.“

Das Gesetz ist ständig an die sich verändernden Bedingungen angepasst worden. Bei der kürzlich erlassenen 9. Novelle stand die fortdauernde Unterrepräsentation

tanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vordergrund, insbesondere bei Vorständen und Geschäftsleitungen der landeseigenen Unternehmen sowie der Unternehmen mit Landesbeteiligung. Dort, wo Gleichstellung von Frauen und Männern noch nicht gelungen ist, müssen die gesetzlichen Regelungen konkretisiert werden. Die Novelle sieht für diese Fälle vor, dass freie Positionen öffentlich bekannt zu machen sind. Dadurch werden die Besetzungsverfahren transparenter und die Voraussetzungen für die Chancengleichheit von Männern und Frauen zunehmend verbessert.

An historischem Ort diskutierten Personalverantwortliche aus Verwaltung und Landesunternehmen, Frauenvertreterinnen der Dienststellen und Frauenbeauftragte der Hochschulen mit Frauen-Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt über ihre Erfahrungen mit den gesetzlichen Gleichstellungsregelungen vor einem großen Fachpublikum. Die Beteiligten waren sich einig: In modernen bürgernahen Verwaltungen und kommunalen Unternehmen sowie im Bereich der öffentlichen Bildung und Wissenschaft sind heute Interesse und aktives Engagement für die Gleichstellung fest verankert.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

---

Pressemitteilung vom 17.01.2011, 11:55 Uhr  
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

**Broschüre „Kinderbetreuung in Berlin“ erschienen:  
WENN DIE KITA NICHT MEHR AUF HAT**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und die Berlin Partner GmbH haben in 5. Auflage die Broschüre „Kinderbetreuung in Berlin – Empfehlungen für Eltern und Unternehmen“, insbesondere bei Bedarf außerhalb der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten und Schulen, neu aufgelegt.

Durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten in vielen Beschäftigungsbereichen arbeiten zunehmend mehr Frauen und Männer nachmittags, abends und am Wochenende. Auch Studierende, Auszubildende, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen benötigen Betreuungsmöglichkeiten, die von den üblichen öffentlichen Angeboten nicht abgedeckt werden. Selbst in Teilzeit haben viele Beschäftigte „lange“ Arbeitstage. Nicht zuletzt bedarf es auch Lösungen für unvorhergesehene Überstunden und Dienstreisen.

Alleinerziehende sind ganz besonders auf verlässliche und flexible Betreuungsangebote angewiesen, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Eine ausreichende Kinderbetreuung ist für sie zur Sicherung ihrer materiellen Eigenständigkeit unverzichtbar.

Die Broschüre bietet wertvolle Hinweise zu den Themen: Verschiedene Betreuungsformen; Der Weg zum Betreuungsplatz; Betreuung nach der Elternzeit; Kurzfristige Anmeldung; Anspruch auf einen Betreuungsplatz bei Berufstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Studium oder Bildungsmaßnahme; Anspruch auf Kostenübernahme für zusätzliche Betreuung bei Erkrankung, Krankenhausaufenthalt, Kur oder Reha-Maßnahme des betreuenden Elternteils; Betreuung in Notsituationen.

Die Besonderheit dieser Broschüre sind vielfältige Tipps für Angebote bei Bedarf außerhalb der üblichen Kitaöffnungszeiten: Kitas mit verlängerten Öffnungszeiten; Kitaergänzende Betreuung durch Tagespflegeeltern; Flexible Betreuung außerhalb der Kitaöffnungszeiten im Haushalt der Familie; Tipps für steuergünstige Förderung von Kinderbetreuung durch Unternehmen; Kinderbetreuung an Universitäten und Hochschulen.

In einem umfassenden Serviceteil sind die Adressen der Jugendämter, Arbeitsagenturen, Hochschulen und Universitäten sowie der freien Träger von flexibler Betreuung und Notfallbetreuung zu finden.

Die Broschüre kann unter Tel.: 9013 - 8933 angefordert werden.

Download:

<http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-frauen/kinderbetreuung.pdf>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen.

---

Pressemitteilung vom 25.01.2011, 12:25 Uhr  
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin  
**BERLIN STELLT EINGETRAGENE  
LEBENSPARTNERSCHAFTEN IN ALLEN  
LANDESRECHTLICHEN FRAGEN MIT EHEN  
GLEICH**

Aus der Sitzung des Senats am 25. Januar 2011:

Berlin ist das erste Land der Bundesrepublik, das eingetragene Lebenspartnerschaften in seinem Landesrecht mit Ehen vollkommen gleichstellen wird.

Das Land hatte im vergangenen Sommer einen Antrag im Bundesrat zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts gestellt. In der Länderkammer wurde dies abgelehnt. Als Konsequenz will der Senat die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Landesrecht umsetzen. Er hat heute den von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbesoldungsrechts als letzte Gleichstellungsmaßnahme beschlossen.

Darin wird auch Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern ein Anspruch auf den kinderbezogenen Familien-

zuschlag in Aussicht gestellt. Damit wird der Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes eingelöst. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sind dann mit Ehegatten und Ehegattinnen auch bei der Gewährung des kinderbezogenen Familienzuschlags gleichgestellt.

Der Gesetzentwurf wird jetzt dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung zugeleitet.

Nach Artikel 10 Absatz 2 der Verfassung von Berlin darf niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden. Deshalb wurden Landesgesetze in den letzten Jahren sukzessive angepasst. Bereits im Jahr 2001 hatte Berlin als erstes Land das Gesetz zur Anpassung des Landesrechts aufgrund der Einführung von eingetragenen Lebenspartnerschaften erlassen. Das Gesetz regelt die Änderung von 28 Gesetzen und elf Rechtsverordnungen – beispielsweise des Architekten- und Baukammergesetzes, des Schulverfassungsgesetzes, des Bestattungsgesetzes, des Gesetzes über die Rechtsanwaltsversorgung und des Richterwahlordnungsgesetzes sowie der Gaststättenverordnung.

In Berlin gibt es derzeit über 4.500 eingetragene Lebenspartnerschaften.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: 9028-2743

---

Pressemitteilung vom 27.01.2011, 09:05 Uhr  
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin  
**WOWEREIT ZUM HOLOCAUST-TAG**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Erinnerung an den Holocaust und das Gedenken an die von den Nationalsozialisten betriebene Vernichtung der europäischen Juden ist unverzichtbar für das Zusammenleben in einer freien und toleranten Gesellschaft. Das sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, aus Anlass des Holocaust-Tags.

Wowereit: „Das Gedenken an die Nazi-Verbrechen mahnt uns, dass wir zur Sicherung von Demokratie und Freiheit Gesicht zeigen müssen gegen alle Tendenzen von Antisemitismus, Rassismus, Ausländerhass und Intoleranz und dass wir aufmerksam sein müssen, um schon die ersten Anzeichen solcher Entwicklungen zu erkennen. Für uns sind alle Menschen gleich viel wert und gleich wichtig. Das ist die Basis unseres Zusammenlebens. Wer in unserer Gesellschaft welche Minderheit auch immer herabsetzt, diskriminiert oder gewalttätig attackiert, dem gegenüber müssen Staat und Zivilgesellschaft immer wieder unmissverständlich klar machen, dass Minderheiten unter dem tätigen Schutz der Gemeinschaft stehen. Dabei ist völlig gleichgültig,

ob es sich um Migrantinnen und Migranten, Sinti und Roma oder um Lesben und Schwule handelt.“

Der Regierende Bürgermeister hob ferner hervor, dass es in Berlin eine wachsende Jüdische Gemeinschaft gebe: „Das ist angesichts der Geschichte keineswegs eine Selbstverständlichkeit und deshalb eine umso mehr erfreuliche Tatsache. Umso bitterer ist es, dass es nach wie vor Antisemitismus gibt und dass jüdische Einrichtungen in besonderer Weise geschützt werden müssen.“

Berlin, unterstrich Wowereit, verstehe sich als offene, international ausgerichtete Metropole, die von der kulturellen Vielfalt ihrer Bevölkerung lebe: „Für Berlin sind Toleranz und Differenz Rezepte für den Erfolg unserer Stadt. Das ist vor der Shoah zu vielen Zeiten so gewesen, so ist es in der Gegenwart und so wird es in der Zukunft sein. Dafür müssen wir uns jeden Tag von neuem einsetzen.“

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wird aus Anlass der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee im Jahre 1945 als nationaler Gedenktag begangen. Am heutigen 27. Januar jährt sich die Befreiung zum 66. Mal.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

---

Pressemitteilung vom 28.01.2011, 15:35 Uhr  
 Senatsverwaltung für Inneres und Sport  
**JUNGE MUSLIME DISKUTIEREN ÜBER ISLAMFEINDLICHKEIT, EXTREMISMUS UND RELIGIÖSE TOLERANZ**  
 Projekt „Junge muslimische Stimmen im Dialog“

Kriegt man einen Ausbildungsplatz, wenn man Kopftuch trägt? Wie groß ist die Toleranz gegenüber frommen Muslimen? In Berlin ist heute ein neuartiges Dialogprojekt mit muslimischen Jugendlichen unter der Schirmherrschaft von Innen- und Sportsenator Dr. Ehrhart Körting in die zweite Runde gegangen. Die Jugendlichen haben Themen erarbeitet, über die sie reden wollen – mit der Politik, mit den Medien, mit der Öffentlichkeit. „Islamfeindlichkeit“ und „Arbeitsmarkt“ gehörten dabei zu den zentralen Problemfeldern. An der Auftaktveranstaltung (3. Dezember 2010) des auf 3 Jahre angelegten Projektes hatten mehr als 150 Jugendliche teilgenommen.

Berlins Senator für Inneres und Sport, Dr. Ehrhart Körting, unterstützt den Dialog mit muslimischen Jugendlichen aus voller Überzeugung:

„Für den Frieden in unserer Stadt ist es von entscheidender Bedeutung, sich gegeneinander in seiner Verschiedenheit zu tolerieren und zu akzeptieren. Das fällt uns leichter, wenn wir einander durch Gespräche kennen lernen. Es kann gefährlich werden, wenn sich Menschen, die sich ausgegrenzt, fühlen, abwenden,

sich aus unserer Welt zurückziehen, ihre eigene Welt schaffen und sich radikalisieren“, so Körting.

Ziel des Dialogprojektes ist es, jungen Berliner Muslimen eine Stimme zu geben und einen Austausch mit Politik und Öffentlichkeit zu organisieren. Die Jugendlichen sollen Beteiligung erfahren, sich in die Gesellschaft einbringen und so auch gegen Intoleranz und Extremismus stark gemacht werden. Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Für die Durchführung in Abstimmung mit Moscheevereinen und muslimischen Organisationen ist der freie Träger RAA e.V. verantwortlich.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Pressemitteilung vom 07.02.2011, 11:15 Uhr  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**Neue Publikation  
des Berliner Verfassungsschutzes  
"ZERRBILDER  
VON ISLAM UND DEMOKRATIE"**

Inhalt der dreisprachigen Broschüre ist die Dekonstruktion von islamistischen Argumentationen. In diesen wird oftmals behauptet, Islam und Demokratie seien nicht vereinbar. Dies gilt jedoch nur für die Thesen von Ideologen, die den Islam für politische Zwecke umdeuten. Sie basieren auf einer missbräuchlichen Interpretation des Islam, die man mit dem Begriff Islamismus bezeichnet. Extremistische Behauptungen Einzelner, beispielsweise das Wahlrecht, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und das ganze politische System in Deutschland seien nicht mit dem Islam vereinbar, werden in dieser Broschüre als das entlarvt, was sie sind: Zerrbilder von Islam und Demokratie.

Der Senator für Inneres und Sport, Dr. Ehrhart Körting, und die Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes Claudia Schmid geben eine kurze Einführung in das Thema und stehen für Fragen zur Verfügung.

Die Publikation kann im Internet unter <http://www.verfassungsschutz-berlin.de> herunter geladen und beim Verfassungsschutz Berlin bestellt werden.

Direkter Download:  
<http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/endafassung.pdf>.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport  
[RED]

Pressemitteilung vom 08.02.2011, 12:45 Uhr  
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin  
Junge-Reyer:

**WIR WERDEN UNS DIE ERFOLGREICHE  
ARBEIT IN DEN KIEZEN NICHT KAPUTT  
MACHEN LASSEN -**

**Berlin kompensiert fehlende Bundesmittel aus dem  
Programm „Soziale Stadt“ zu 100 %**

Aus der Sitzung des Senats am 8. Februar 2010:

Nach den Kürzungen der Städtebauförderungsmittel durch die Bundesregierung im Haushalt 2011 hat der Senat sofort gehandelt und die Kompensation der fehlenden Bundesmittel für das Programm „Soziale Stadt“ zu 100 % beschlossen. Damit soll das Programm „Soziale Stadt“ auf gleichem Niveau wie bereits in 2010 fortgesetzt werden. Der Beschluss erfolgte auf Vorlage von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte eine Kürzung der Mittel um rund 72 % beschlossen. Weiterhin entschied er, keine Verschiebung von Mitteln aus anderen Programmteilen der Städtebauförderung in das Programm „Soziale Stadt“ mehr zu erlauben. Darüber hinaus sieht der Parlamentsbeschluss vor, dass nur noch Projekte finanziert werden, die sogenannten investiven Charakter haben. Damit würden alle Modellprojekte im Bereich soziale Integration und Bildung, wie Stadtteilmütter, kulturelle Bildungsverbände, Nachbarschaftszentren und Ausbildungsprojekte für Jugendliche, aus der Förderfähigkeit herausfallen.

Um dies zu verhindern, will der Senat nun alle Kürzungen des Bundes durch den Einsatz weiterer Landesmittel aus dem Förderprogramm „Investitionspakt“ auffangen.

Senatorin Junge-Reyer: „Wenn die Bundesregierung einerseits Berlin vorwirft, zu wenig für die Integration und die Bildung zu tun, gleichzeitig die Mittel dafür wegkürzt und sich dann beklagt, dass wir nicht schnell genug Fortschritte in den Problemkiezen machen, ist das unredlich und nicht hinnehmbar. Gerade die sozio-integrativen Modellprojekte sind ein wichtiger Pfeiler der positiven Entwicklung in den Quartieren. Wir werden uns die erfolgreiche Arbeit in den Kiezen nicht kaputt machen lassen. Mittel für Bildung und soziale Integration sind die beste Investition, die ich mir vorstellen kann.“

Berlin hatte im Bundesrat eine Entschließung eingebracht, die Kürzungen in den Programmen der Städtebauförderung zurückzuweisen, die mit großer Mehrheit angenommen worden war. Bei der Sonderbauministerkonferenz im September hatten alle Bauminister der Länder die Kürzungsabsichten der Bundesregierung zurückgewiesen und mindestens die Beibehaltung der Höhe der Mittel von 2010 gefordert.

Im Haushaltsausschuss des Bundestages wurde dann eine Kürzung von 610 Mio. € jährlich auf 455 Mio. € jährlich beschlossen und gleichzeitig die Gewichtung zwischen den verschiedenen Programmen verschoben. So wurde unter anderem das Programm für kleine Städte und Gemeinden um rund 95 % angehoben, während die Mittel für die „Soziale Stadt“, die überwiegend Großstädten zugutekommen, drastisch gekürzt worden waren.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Telefon: 90139-4043

Pressemitteilung vom 08.02.2011, 14:15 Uhr  
Senatsverwaltung für Justiz

## **SCHLAG GEGEN VIETNAMESISCHE SCHLEUSER**

Gemeinsame Pressemeldung  
der Generalstaatsanwaltschaft Berlin - der Pressesprecher und -  
der Bundespolizeidirektion Berlin - Pressestelle

Heute Morgen um 6 Uhr setzten 272 Bundespolizisten zum Schlag gegen eine internationale vietnamesische Schleuserorganisation an und durchsuchten auf richterlichen Beschluss 18 Wohnungen in den Berliner Bezirken Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, in Brandenburg und in Thüringen. Es konnten 10 Haftbefehle in Berlin, München und Eisenhüttenstadt gegen mutmaßliche Mitglieder der Schleuserorganisation vollstreckt werden.

Die Bundespolizei ermittelt seit September letzten Jahres im Auftrag einer Spezialabteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität der Staatsanwaltschaft Berlin gegen die international agierende Organisation. Die bisherigen Ermittlungen richteten sich gegen 22 Beschuldigte, die im Verdacht stehen insgesamt 72 vietnamesische Staatsangehörige von Deutschland über Belgien oder Frankreich nach Großbritannien geschleust zu haben. Zeitgleich wurden gegen die Schleuserorganisation auch Maßnahmen in Frankreich, Großbritannien, Tschechien und Ungarn durchgeführt. Der gemeinsamen europaweiten Aktion war eine Koordinierung über EuroJust und EuroPol vorangegangen. Die heutigen Einsatzmaßnahmen wurden von Vertretern des Bundeskriminalamtes und Vertretern von EuroPol in Berlin begleitet.

In den Durchsuchungsobjekten in Berlin, Erfurt, Luckenwalde und Kremmen konnten neben diversen beweiserheblichen Unterlagen und Aufzeichnungen auch Computertechnik sowie Mobilfunktelefone beschlagnahmt werden, deren Auswertung noch andauert.

Bei den einzelnen Tathandlungen handelt es sich um so genannte Garantieschleusungen, bei denen Menschen so oft geschleust werden, bis sie ihr Zielland erreichen. Die Kosten für eine Garantieschleusung liegen bei bis zu 25.000 Euro. Familien verkaufen dafür im

Heimatland oft Haus und Hof und verschulden sich. Der Schleuserlohn wird in mehreren Raten bezahlt. In der Regel übergeben Familienangehörige das Geld in Vietnam an Verwandte und Drahtzieher der Organisation. Dafür erhalten sie von den Schleusern die Garantie, dass die Person im Zielland Großbritannien auch ankommt. Der Weg führt oft von Vietnam über Moskau weiter nach Berlin. In Berlin erfolgt die Unterbringung in angemieteten Unterkünften und die Schleusungswilligen verdienen sich zunächst im illegalen Zigarettenhandel. Anschließend erfolgt die Ausschleusung mit dem Fahrzeug von Berlin über Belgien oder Frankreich in Richtung Großbritannien, wo sich die Geschleusten eine Aufnahme in der großen vietnamesischen Community erhoffen.

Die weiteren Ermittlungen dauern an.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Justiz

Pressemitteilung vom 14.02.2011, 08:00 Uhr  
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

## **WOWEREIT TRIFFT EU-KOMMISSARIN Malmström beim Verein südost Europa Kultur e.V.**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Integration wird auch auf europäischer Ebene immer wichtiger. Die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, besucht vor diesem Hintergrund am Mittwoch, den 16. Februar 2011, ein Berliner Integrationsprojekt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, trifft mit der EU-Politikerin im Verein südost Europa Kultur e.V. (Großbeerenstraße 88, 10963 Berlin) zusammen. Malmström stammt aus Schweden und amtiert seit Februar 2010 als Kommissarin.

Wowereit: „Der Verein südost leistet hervorragende Arbeit insbesondere für Menschen, die durch ihre Kriegserlebnisse beispielsweise auf dem Balkan zum Teil schwer traumatisiert sind. Dieses wichtige und vorbildliche Berliner Projekt wird dankenswerterweise von der Europäischen Union gefördert, so dass die EU neben der Finanzierung durch das Land Berlin diese außerordentlich wichtige Arbeit ermöglicht.“ Er begrüße das Interesse der Kommissarin, sagte der Regierende Bürgermeister weiter, an einem derartigen Projekt außerordentlich: „Der Besuch von Frau Malmström macht deutlich, dass Europa eine ganz handfeste, konkrete Realität für den Alltag von uns allen ist. Ich freue mich, sie hier bei uns in der Stadt begrüßen zu dürfen.“

Der Verein südost Europa Kultur e.V. ist offen vor allem für traumatisierte Menschen aus aller Welt. Er wurde 1991 als Verein zur Förderung deutsch-südosteuropäischer Kulturbeziehungen gegründet. Vor dem Hintergrund des Jugoslawien-Konflikts hat sich der Verein zum Ziel gesetzt, Forum für vielfältige Formen interkulturellen Austauschs zu sein und Perspektiven

für ein friedliches Zusammenleben zu entwickeln. Angeboten werden u.a. Deutschkurse und Therapien für traumatisierte Menschen. Der Verein südost bekommt Mittel aus drei europäischen Förderprogrammen. Der Verein wurde u.a. mit der Louise-Schroeder-Medaille des Landes Berlin ausgezeichnet.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: 9026-2411

## Anfragen an den Senat

### Kleine Anfragen:

Titel: Kriminelle mit Libanon-Bezug II - Organisierte Kriminalität

Abgeordneter: Robbin Juhnke (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14872.pdf>

Titel: Kinder, die keine sind: Wie ist Berlin bei der Altersbestimmung aufgestellt?

Abgeordneter: Robbin Juhnke (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14905.pdf>

Titel: Lernsoftware "Schlaumäuse" zur Förderung des frühkindlichen Sprachschifterwerbs

Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14946.pdf>

Titel: Überfüllte Erstaufnahmestelle?

Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14974.pdf>

Titel: Auswirkungen des Europäischen Fürsorgeabkommens auf das Land Berlin

Abgeordneter: Monika Thamm (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14990.pdf>

Titel: Verständliche deutsche Sprache in der Berliner Verwaltung?

Abgeordneter: Torsten Hilse (SPD)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15012.pdf>

Titel: Beteiligung am Religionsunterricht

Abgeordneter: Andreas Statzkowski (CDU)

Link:

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14996.pdf>

Titel: Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache in vorschulischen Einrichtungen 2010

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14965.pdf>

Titel: Jüngste Sprachstandserhebung: Wie haben sich die Sprachkenntnisse der SchulanfängerInnen entwickelt?

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14969.pdf>

Titel: Werden die Schüler in ihrer Unterschiedlichkeit in den Sekundarschulen überhaupt individuell gefördert?

Abgeordneter: Sascha Steuer (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14976.pdf>

Titel: Das Recht auf Bildung für Kinder von Flüchtlingen

Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14975.pdf>

Titel: Wohnraum und Sozialbetreuung für Flüchtlinge

Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15032.pdf>

Titel: Soziale Stadt vor dem Aus?

Abgeordneter: Franziska Eichstädt-Bohlig (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14933.pdf>

Titel: Berlin braucht mehr Lehrer und Erzieher mit Migrationshintergrund

Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14998.pdf>

Titel: Ethikfach in Berlin III - Qualifizierungsmaßnahmen für Ethiklehrkräfte

Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15016.pdf>

Titel: Ethikfach in Berlin IV - Rahmenlehrplan und Unterrichtsmaterialien für Ethik  
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15017.pdf>

Titel: Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin - Nachfragen  
 Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15031.pdf>

Titel: Kooperation und Vernetzung zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen  
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15054.pdf>

Titel: Machen die Neonazis von FN-Mitte weiter?  
 Abgeordneter: Clara Herrmann (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15033.pdf>

Titel: Männliche Kinder und Jugendliche besser vor Pädophilen schützen  
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15008.pdf>

Titel: Ethikfach in Berlin I - Herausforderung Integration und gemeinsamer Ethikunterricht  
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15014.pdf>

Titel: Stand der Adoptionen im Land Berlin  
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15022.pdf>

Titel: Kinder mit und ohne Migrationshintergrund auch ohne Kita-Pflicht frühzeitig in die Kita holen  
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15023.pdf>

Titel: Aktivitäten des deutsch-japanischen Zentrums  
 Abgeordneter: Oliver Schruoffeneger (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15059.pdf>

Titel: Lehrermangel an den Gymnasien im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg  
 Abgeordneter: Sascha Steuer (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15028.pdf>

Titel: BoB - Bude ohne Betreuung  
 Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15007.pdf>

Titel: Ethikfach in Berlin II - Situation und Qualität des Ethikunterrichts  
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15015.pdf>

Titel: Ethikfach in Berlin V - Kooperationen des Ethikunterrichts mit Bekenntnisgemeinschaften  
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15018.pdf>

Titel: Science Immigration Service  
 Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15069.pdf>

Titel: Kriminelle mit Libanon-Bezug III - Intensivtäter  
 Abgeordneter: Andreas Gram (CDU)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14948.pdf>

Titel: Anhaltende Deutschenfeindlichkeit an Berlins Schulen  
 Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15039.pdf>

Titel: Schwimmunterricht in Berlin  
 Abgeordneter: Özcan Mutlu (Bündnis 90 / Die Grünen)  
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-14966.pdf>

#### **Nicht behandelte Mündliche Anfragen:**

Titel: Erneute Nutzung des Notaufnahmelagers Marienfelde ohne Abstimmung mit dem Bezirk und den Anwohnern?  
 Abgeordneter: Florian Graf (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdiAn/n16-07411.pdf>

Titel: Lässt der Senat die Community Gaymes sterben?  
Abgeordneter: Anja Kofbinger (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdiAn/n16-07412.pdf>

Titel: Kinderturnen der neonazistischen Gruppe „Gemeinschaft deutscher Frauen“ in von Grundschule genutzter Turnhalle

Abgeordneter: Clara Herrmann (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdiAn/n16-07312.pdf>

Titel: Was ist dem Senat die Gebärdensprache wert?  
Abgeordneter: Jasenka Villbrandt (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/NichtbehMdiAn/n16-07521.pdf>

## Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER EUROPAPORTAL  
UND EUROPA-NEWSLETTER**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfalt und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/index.html>

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Pro²fil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

### ONLINE-PLATTFORM GEGEN MENSCHENHANDEL EINGERICHTET Europäische Kommission will verschärft gegen den Menschenhandel in der Europäischen Union vor- gehen.

Auf einer neuen Website können sich Betroffene und Interessierte umfassend zu diesem Thema informieren. Sie finden dort beispielsweise gesammelte Informationen über Rechtsvorschriften, Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten oder Angebote zum Schutz und zur Hilfe für Opfer. Die eigens zu diesem Zweck ernannte Koordinatorin Myria Vassiliadou soll die EU-Initiativen bei der Bekämpfung des Menschenhandels zusammenführen und bei deren effizienter Umsetzung helfen.

Die Website soll eine europäische Anlaufstelle für Praktiker und interessierte Bürger werden, die sich über die Bekämpfung des Menschenhandels innerhalb der EU informieren wollen. Sie wird Informationsseiten über die Maßnahmen der Mitgliedstaaten mit Sachinformationen über Rechtsvorschriften, Aktionspläne, Koordinierung, Prävention, Schutz und Hilfe für Opfer, strafrechtliche Ermittlung und Verfolgung sowie die Koordinierung auf internationaler Ebene beinhalten.

Hintergrund

Am 14. Dezember 2010 unterstützte das Europäische Parlament einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels, den die Kommission im März 2010 vorgelegt hatte. Die Richtlinie wird die EU-Mitgliedstaaten verpflichten, in drei Bereichen – Strafverfolgung von Menschenhändlern, Opferschutz und Prävention – tätig zu werden. Nach der förmlichen Annahme der Richtlinie durch den Rat werden die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit haben, um den neuen Bestimmungen nachzukommen. Die neue Richtlinie wird die derzeitigen EU-Vorschriften aus dem Jahr 2002 ersetzen und für alle Mitgliedstaaten außer Dänemark und das Vereinigte Königreich gelten.

Weiter Informationen: <http://ec.europa.eu/anti-trafficking>  
[PM EU, RED]

## 2011 - EUROPÄISCHES JAHR DER FREIWILLIGENTÄTIGKEIT

"Freiwillig. Etwas bewegen!" - Unter diesem Motto findet 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (EJF 2011) statt.

Mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 werden insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement in Europa
- Stärkung der Organisatoren von Freiwilligentätigkeiten zur Verbesserung der Qualität von freiwilligem Engagement
- Anerkennung von Freiwilligentätigkeit
- Sensibilisierung für den Wert von freiwilligem Engagement als Ausdruck einer aktiven Bürgerbeteiligung

Die Zielsetzungen der Europäischen Union wurden mit Blick auf die Herausforderungen in Deutschland angepasst und präzisiert. Auf nationaler Ebene soll die Aufmerksamkeit und Anerkennung für bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft gestärkt werden. Ein besonderer Fokus liegt auf generationenübergreifenden Aktivitäten und es sollen insbesondere Frauen, jungen Menschen, Ältere sowie Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Der Austausch zwischen Verbänden und Organisationen der Bürgergesellschaft soll verstärkt und eine bessere Vernetzung und Kooperation der Akteure und der Informationsangebote über bürgerschaftliches Engagement in Deutschland geschaffen werden. Langfristig soll ein regelmäßiger Dialog über das Thema auf europäischer Ebene initiiert werden.

Das für die Koordinierung des Europäischen Jahres zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW) eine Geschäftsstelle übertragen, die für die operative Umsetzung der Aktivitäten des Jahres zuständig ist. Die BAGFW trägt seit ihrem Bestehen in erheblichem Maße zur Entwicklung einer demokratischen und sozialen Gesellschaft bei. Insgesamt repräsentiert die BAGFW 2,5 bis 3 Millionen Menschen, die sich in den Einrichtungen der sechs Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege ehrenamtlich betätigen und sich engagieren. Die Wohlfahrtsverbände werden das kommende Jahr nutzen, um Ihre bisherigen Aktivitäten im Bereich Bürgerschaftliches Engagement noch stärker auszubauen.

"Für die Freie Wohlfahrtspflege ist die Freiwilligentätigkeit ein unersetzlicher Bestandteil. Das reicht von Vorlesepaten in Kindergärten bis zur Sterbebegleitung in Hospizen. Überall leisten Ehrenamtliche eine hervorragende Arbeit ohne die unser Gemeinwesen ärmer und

kälter wäre", so die Präsidentin der BAGFW, Freifrau Schenck zu Schweinsberg.

Weitere Informationen unter <http://www.ejf2011.de>.

[PM v. 10.01.2011, RED]

### Kontakt

Geschäftsstelle EJF 2011  
c/o BAGFW  
Sabine Wolf

Tel: (030) 24089 - 201

E-Mail: [sabine.wolf@bag-wohlfahrt.de](mailto:sabine.wolf@bag-wohlfahrt.de)  
Internet: <http://www.bagfw.de>

## 6. INTEGRATIONSMINISTERKONFERENZ Beschlussniederschrift

Für eine Versachlichung des Themas Integration sprach sich in Mainz die Integrationsministerkonferenz aus. Es gehe darum, die Potentiale von Migrantinnen und Migranten in den Vordergrund zu stellen, ohne zweifellos vorhandene Probleme kleinzureden, sagte die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Malu Dreyer nach der Konferenz, auf der es unter anderem um die Themen bessere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Zukunft der Integrationskurse, Abschaffung der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern und kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige ging.

Auf ihrer 6. Konferenz am 16. und 17. Februar 2011 in Mainz beschlossen die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) eine Reihe von Leitlinien und Postulaten zur Integrationspolitik. Gastgeberin der zweitägigen Konferenz war die Vorsitzende, die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Malu Dreyer. Rheinland-Pfalz hat am 1. Oktober 2010 den Vorsitz der Konferenz von Nordrhein-Westfalen turnusgemäß für ein Jahr übernommen.

Die Beschlussniederschrift der 6 Integrationsministerkonferenz:

[http://masgff.rlp.de/fileadmin/masgff/Aktuelles/int\\_mk/Beschlussniederschrift\\_6\\_IntMK.pdf](http://masgff.rlp.de/fileadmin/masgff/Aktuelles/int_mk/Beschlussniederschrift_6_IntMK.pdf)

Weitere Informationen zur Integrationsministerkonferenz unter:

<http://masgff.rlp.de/integrationsministerkonferenz>

[RLP/RED]

Umfrage:

## **SARRAZIN-DEBATTE TRÜBT ZUVERSICHT BEI ZUWANDERERN IN DEUTSCHLAND SVR sieht „Eigentor“.**

**Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) präsentiert Ergebnisse einer Befragung zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.**

**Zuwanderer beurteilen Miteinander weniger optimistisch als noch vor einem Jahr. Mehrheitsbevölkerung zeigt gelassen-differenzierte Haltung.**

Zuwanderer blicken mit weniger Zuversicht auf das Zusammenleben in Deutschland als noch vor einem Jahr. Das zeigt eine vergleichende Befragung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), für die 2009 und 2010 über 2.000 Personen mit und ohne Migrationshintergrund befragt wurden.

In den Antworten auf die Frage, ob Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung „ungestört miteinander“ leben, zeigt sich bei Zuwanderern ein deutlicher Unterschied zwischen Herbst 2009 und Jahresende 2010: Dieser Aussage stimmten 2009 noch 21,7 Prozent der Zuwanderer „voll und ganz“ zu. Im November und Dezember 2010, nach der Sarrazin-Debatte, bestätigten diese positive Einstellung nur noch 9,1 Prozent. Umgekehrt verdoppelte sich fast der Anteil der pessimistischen Einschätzungen unter den Zuwanderern: 2009 bewerteten nur 3,5 Prozent die Einschätzung eines ungestörten Miteinanders mit „gar nicht“. 2010 stieg ihr Anteil auf 6 Prozent. Im Mittelfeld aber überwiegen nach wie vor die verhalten positiven, gelasseneren Einstellungen zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft.

Bei der Mehrheitsbevölkerung hingegen ist die pragmatisch-differenzierte Haltung gewachsen: Der Anteil derjenigen, die das Zusammenleben mit „teils, teils“ (teils ungestört, teils problematisch) bewerten, stieg von 20,9 auf 34,2 Prozent an. Umgekehrt sank der Anteil derer, die ein ungestörtes Miteinander eher verneinten, von 33,8 auf 25,5 Prozent zurück.

„Die Sarrazin-Debatte hat in der Einwanderungsgesellschaft Spuren hinterlassen“, erklärte der SVR-Vorsitzende Prof. Dr. Klaus J. Bade. „In den Meinungsspitzen beobachten wir mehr Pessimismus bei den Zuwanderern und mehr Pragmatismus bei den Deutschen. Aber das breite Mittelfeld bleibt auf beiden Seiten eher gelassen. Und das ist am wichtigsten.“ Allerdings könnte die Sarrazin-Debatte das Image des Einwanderungslandes Deutschland im Ausland beschädigt haben. Damit würden potenzielle qualifizierte Zuwanderer verprellt. Das aber, so Bade, wäre ein „Eigentor“, denn Deutschland sei längst ein „Migrationsverlierer“ geworden und müsse daraus Konsequenzen ziehen: „Deutschland muss attraktiver werden für Qualifizierte, die zögern zuzuwandern, und für solche, die erwägen,

abzuwandern. Das setzt eine kritische und handlungsbereite Bestandsaufnahme voraus, die ans Eingemachte geht.“

Bei den regionalen Ergebnissen zeigte sich insbesondere in Berlin eine deutliche Polarisierung der Meinungen. Einerseits war dort die Zustimmung zu der Einschätzung, dass das Miteinander „voll und ganz“ ungestört sei, am größten: Diese Meinung teilten 10,4 Prozent der Zuwanderer- und 8,4 Prozent der Mehrheitsbevölkerung. Andererseits war aber auch der Anteil derjenigen, die „gar nicht“ von einem ungestörten Miteinander ausgingen, am höchsten (mit Migrationshintergrund: 8,7 Prozent, ohne Migrationshintergrund 8,4 Prozent). Das unterscheidet die Stimmung in Berlin von derjenigen in den Regionen Rhein-Ruhr, Rhein-Main und Stuttgart.

Die SVR-Befragung in Berlin wurde 2010 zum ersten Mal durchgeführt. Sie erfolgte in Bezirken, in denen ein hoher Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund lebt: in Kreuzberg-Friedrichshain, Mitte-Wedding-Tiergarten und Neukölln. Bei Berlinern aus Bezirken mit hoher Zuwandererbevölkerung sind die Unterschiede in der Einschätzung, ob Integration gelungen oder gescheitert sei, mithin auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft deutlich schärfer ausgeprägt als in vergleichbaren innerstädtischen Gebieten anderer Regionen.

Info-Grafik „Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderer leben ungestört miteinander“, Ergebnisse 2009 zu 2010, Befragte mit/ohne Migrationshintergrund  
[http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2011/01/abbildung1\\_pm\\_10-01-11.pdf](http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2011/01/abbildung1_pm_10-01-11.pdf)

Info-Grafik „Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderer leben ungestört miteinander“, Ergebnisse 2010, Befragte mit/ohne Migrationshintergrund in Rhein-Ruhr/Stuttgart/Rhein-Main/Berlin  
[http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2011/01/abbildung2\\_pm\\_10-01-11.pdf](http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2011/01/abbildung2_pm_10-01-11.pdf)

[PM SVR v. 10.01.2011/RED]

### **Kontakt**

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH  
Neue Promenade 5  
10178 Berlin

Tel.: (030) 288 86 59-0  
Fax: (030) 288 86 59 - 11

E-Mail: [presse@svr-migration.de](mailto:presse@svr-migration.de)  
Internet: <http://www.svr-migration.de>

## 41.332 ASYLANTRÄGE IM JAHR 2010 Anzahl steigt um 50 Prozent gegenüber Vorjahr

Im Jahr 2010 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 41.332 Asylverfahren gestellt, 13.683 mehr als im Jahr 2009.

Die Steigerung der Zahl der Asylbewerber um etwa 50 Prozent im Vergleich zum Jahr 2009 ist im Wesentlichen auf den vermehrten Zugang aus den Hauptherkunftsländern, hier vor allem aus Afghanistan, Serbien, Iran, Mazedonien und Somalia, sowie auf die weiterhin relativ hohen Zugangszahlen aus dem Irak zurückzuführen. Allein 71 Prozent aller Asylbewerber im Jahr 2010 kamen aus den zehn Hauptherkunftsländern.

Damit stiegen die Asylbewerberzahlen nach dem Tiefstand im Jahr 2007 (19.164 Erstanträge) bereits im dritten Jahr hintereinander an.

Insgesamt 7.704 Personen erhielten im Jahr 2010 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (16,0 Prozent aller Asylbewerber). Zudem erhielten 2.691 Personen (5,6 Prozent) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière:

"Asyl und Flüchtlingsschutz haben in Deutschland einen hohen Stellenwert. Politisch Verfolgte können daher darauf vertrauen, in Deutschland eine sichere Aufnahme zu finden, wenn sie als Asylberechtigte oder Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt werden.

Im Jahr 2010 haben allerdings vermehrt Personen insbesondere aus Serbien und Mazedonien Asyl begehrt, bei denen die Voraussetzungen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht vorlagen. Derartige Asylanträge wurden und werden auch künftig konsequent und zügig abgelehnt, um die Dauer des unrechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland und die mit diesem verbundene Belastung der öffentlichen Haushalte möglichst zu minimieren."

Weiter mit den Hauptherkunftsländern und den Zahlen im Einzelnen unter:

[http://www.bmi.bund.de/cln\\_156/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/01/asylzahlen\\_Dezember2010.html?nn=109632](http://www.bmi.bund.de/cln_156/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/01/asylzahlen_Dezember2010.html?nn=109632)

[PM BMI v. 17.01.2011, RED]

## 3.748 ASYLANTRÄGE IM JANUAR 2011

Im Januar 2011 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 3.748 Asylverfahren gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 49 Personen (1,3 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2010 stieg die Zahl der Asylbewerber um 1.089 Personen (41,0 Prozent).

530 Personen erhielten im Januar 2011 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (13,2 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 181 Personen (4,5 Prozent) sogenannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Weiter mit den Hauptherkunftsländern und den Zahlen im Einzelnen unter:

[http://www.bmi.bund.de/cln\\_156/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/02/asylzahlen\\_januar2011.html;jsessionid=65F46AF77ABE2C84083C0F85C9223411?nn=303936](http://www.bmi.bund.de/cln_156/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/02/asylzahlen_januar2011.html;jsessionid=65F46AF77ABE2C84083C0F85C9223411?nn=303936)

[PM BMI v. 14.02.2011]

Bundesministerium des Innern:

### **BUNDESREGIERUNG BESCHLIEßT HÄRTEFALLREGELUNG IM BUNDESVERTRIEBENENGESETZ**

Die Bundesregierung hat heute den vom Bundesminister des Innern vorgelegten Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes beschlossen.

Mit dem Gesetz wird eine Härtefallregelung im Bundesvertriebenengesetz geschaffen, um unververtretbare Familientrennungen bei Spätaussiedlern zu vermeiden.

In der Vergangenheit hatte die Aussiedlung nach Deutschland für Spätaussiedler wiederholt zu Fällen einer Trennung von zurückbleibenden Familienangehörigen geführt, wenn sich diese zunächst entschieden, im Aussiedlungsgebiet zu verbleiben. Es fehlte im Bundesvertriebenengesetz bisher eine Regelung, die es dem Ehegatten oder Abkömmling eines Spätaussiedlers ermöglichte, bei Vorliegen eines Härtefalles auch nachträglich ins Bundesgebiet auszusiedeln.

Nach der Neuregelung im Bundesvertriebenengesetz ist es künftig im Härtefall möglich, den Ehegatten oder Abkömmling in den Aufnahmebescheid eines Spätaussiedlers nachträglich einzubeziehen. Dies gilt in Fällen, in denen der Spätaussiedler bereits in Deutschland seinen ständigen Aufenthalt hat und der bisher im Aussiedlungsgebiet verbliebene Ehegatte oder Abkömmling die sonstigen Aufnahmevoraussetzungen nach dem Bundesvertriebenengesetz erfüllt.

Hierzu erklärt der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner:

"Mit der Neuregelung wird im Vertriebenenrecht eine Möglichkeit geschaffen, einzelne Härtefälle bei der Aufnahme von Spätaussiedlern zu lösen, die teilweise dramatische Familientrennungen zur Folge hatten. Auch wenn die Zahl der Betroffenen vergleichsweise gering sein dürfte, ist die Gesetzesergänzung bedeutsam für die Wahrnehmung der besonderen historisch-moralischen Verpflichtungen gegenüber den Deutschen der ehemaligen Sowjetunion, deren Familien ein schweres Kriegsfolgenschicksal zu tragen hatten."

[PM BMI v. 02.02.2011]

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2011/02/bundesvertriebenengesetz.html>

## Initiativen

### **BÜNDNIS FÜR KINDER PREIS 2011** Der Bündnis für Kinder Preis 2011 zeichnet beispielhafte Initiativen gegen Gewalt aus

Frist: **31.03.2011**

Mit dem Bündnis für Kinder Preis 2011 möchte die Stiftung heute schon aktiv gelebte Gewaltprävention auszeichnen. Wir suchen Initiativen und Projekte, die sich rund um Familien, Kinder und Jugendliche präventiv gegen Gewalt einsetzen und dabei in deren verschiedenen Lebensräumen und Umfeldern tätig sind. Gewaltprävention wird hier sehr weit gefasst: Alles, was Kinder und Jugendliche stärkt, die Entwicklung ihrer sozialen Kompetenz fördert und Eltern, pädagogische Fachkräfte sowie andere Bezugspersonen in ihren Aufgaben unterstützt, trägt dazu bei, dass Gewalt gar nicht erst entsteht. Wenn Sie in oder mit einer Kindertageseinrichtung, Schule, in einem Hort oder Verein bzw. einer gemeinnützigen Organisation in diesem Bereich tätig sind, bewerben Sie sich für diesen Preis. Denn nicht nur Sie können gewinnen: Wenn Ihre Ideen im Kleinen helfen, dann können viele andere auch davon profitieren. Genau das wollen wir mit der Ausschreibung des Bündnis für Kinder Preises 2011 erreichen. Besonders interessieren wir uns dabei für Gemeinschaftsprojekte, die Kinder, Jugendliche und Eltern stärken und verschiedene Aspekte der Gewaltprävention zum Nutzen der Kinder vernetzen.

Sind Sie eine Initiative, gemeinnützige Organisation oder Einrichtung in Deutschland und haben Sie Programme entwickelt, die Kindern oder Jugendlichen helfen und ihre Familien unterstützen? Sind Sie Teil eines Netzwerks, das sich für Kinder stark macht und sich zum Ziel gesetzt hat, Gewalt bereits im Vorfeld zu ver-

hindern? Ist das, was Sie in Ihrer Initiative gelernt und erreicht haben, übertragbar und nutzbar für andere Organisationen? Dann bewerben Sie sich bis zum 31.03.2011 für den Bündnis für Kinder Preis 2011 (es gilt das Datum des Poststempels). Den Bewerbungsbogen einfach auf <http://www.buendnis-fuer-kinder.de> herunterladen und ausgefüllt per Post zurücksenden.

Wenn Ihr Projekt eine erfolgreiche Initiative zur Stärkung von Kindern und zur Gewaltprävention darstellt, Vorbildfunktion besitzt und auf neue kreative und gerne auch unkonventionelle Lösungsansätze aufbaut, können Sie an unserem Projektwettbewerb teilnehmen.

Download der Ausschreibungsunterlagen unter:  
[http://www.buendnis-fuer-kinder.de/presse/downloads/doc\\_download/41-ausschreibung-buendnis-fuer-kinder-preis-2011](http://www.buendnis-fuer-kinder.de/presse/downloads/doc_download/41-ausschreibung-buendnis-fuer-kinder-preis-2011)

Weitere Informationen:  
<http://www.buendnis-fuer-kinder.de/stiftung/termine/493>

### Kontakt

Stiftung Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt.  
Winzererstraße 9  
80797 München

E-Mail: [info@buendnis-fuer-kinder.de](mailto:info@buendnis-fuer-kinder.de)  
Internet: <http://www.buendnis-fuer-kinder.de>

### Jetzt bewerben! **START-SCHÜLERSTIPENDIEN** Frist: **15.03.2011**

- **Rund 190 Stipendien stehen in 14 Bundesländern zur Verfügung – in Berlin sind sieben Förderer beteiligt**
- **Bewerbungen sind ab sofort bis zum 15. März 2011 im Internet möglich**

Ab sofort können sich gesellschaftlich engagierte und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund für das START-Stipendienprogramm bewerben. START unterstützt sie mit einer finanziellen Förderung und zahlreichen Bildungsangeboten auf dem Weg zum Abitur. Interessenten können sich ab sofort online bewerben unter <http://www.start-stiftung.de>. Bewerbungsschluss ist der 15. März 2011.

In Berlin wird die Bildungsinitiative zum siebten Mal ausgeschrieben. START möchte Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die gute schulische Leistungen und ein überzeugendes soziales Engagement aufweisen, verstärkt die Möglichkeit zu einer höheren Schulbildung und damit verbunden bessere Chancen für eine gelungene Integration bieten. Die START-Stiftung – ein Projekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – gGmbH führt das Stipendienprogramm

durch, Förderer sind die Deutsche Bank Stiftung, The Goldman Sachs Foundation, Pro Humanitate et Arte e. V., der Rotary Club Berlin-Gendarmenmarkt, die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin und die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.

„Wir benötigen erfolgreiche Jugendliche mit Migrationshintergrund als Vorbilder. Das Stipendienprogramm fördert die Kompetenzen der Jugendlichen aktiv und kontinuierlich, um ihnen zu einem bestmöglichen START für ihren beruflichen Lebensweg zu verhelfen. Eine erfolgreiche Integrationspolitik braucht Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund in führenden Positionen“, erläutert der Senator für Wissenschaft, Bildung und Forschung Berlin, Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner.

#### Inhalte und Erfahrungen

Das START-Stipendium umfasst eine materielle und eine ideelle Förderung. Die materielle Förderung besteht aus einem monatlichen Bildungsgeld in Höhe von 100 € und einer PC-Grundausstattung (Laptop, Drucker) mit Internetanschluss. Zur ideellen Förderung zählen verpflichtende Bildungsseminare – z. B. aus den Bereichen Demokratie, Sprache und Medien – und frei wählbare Seminare mit künstlerischem, sozial- und naturwissenschaftlichem sowie wirtschaftlichem oder sportlichem Schwerpunkt. Hinzu kommen Exkursionen in privatwirtschaftliche Unternehmen und öffentliche Verwaltungseinrichtungen, Besuche von Kulturveranstaltungen, individuelle Beratungen zur schulischen und persönlichen Entwicklung sowie zur Studien- und Berufsplanung. Die START-Stipendien werden zunächst für die Dauer eines Jahres gewährt und bei anhaltend guten Leistungen und gesellschaftlichem Engagement bis zum Erreichen eines Bildungsabschlusses wie dem Abitur verlängert.

Andrea Bartl, Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH, unterstreicht: „Uns ist es wichtig, den Stipendiaten Zugang zu Themen und Kontakten zu ermöglichen, die über das schulische Maß hinausgehen. Gerade diese Form der ideellen Förderung wird von den Stipendiaten sehr geschätzt, weil sie ihnen Schlüsselqualifikationen vermittelt und die Stipendiaten sich in ihrer Persönlichkeitsentwicklung unterstützt fühlen.“

Von dem Erfolg der START-Stipendiaten sind die START-Partner in Berlin überzeugt: „START ist ein wahres Erfolgsprogramm. Bereits 27 Berliner Stipendiaten haben ihr Abitur mit großem Erfolg abgelegt. Durch START erfahren die engagierten Jugendlichen, dass sie in Deutschland willkommen sind, dass Leistung sich lohnt und dass es hier eine echte Chance für sie gibt“, betont Marlehn Thieme, Deutsche Bank Stiftung, im Namen der Förderer.

#### Voraussetzungen und Auswahlverfahren

Voraussetzungen für ein START-Stipendium sind neben einem Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern oder Großeltern gesellschaftliches Engagement und ein Notendurchschnitt von 2,5 und

besser. Zum Zeitpunkt der Bewerbung sollten die Jugendlichen die Klassenstufen 9 und 10 (bei 13-jähriger Schulzeit) bzw. die Klassenstufen 8 und 9 (bei 12-jähriger Schulzeit) besuchen. Das Stipendium richtet sich ausdrücklich an Schülerinnen und Schüler aller Schulformen.

Interessenten reichen in einem ersten Schritt online unter [www.start-stiftung.de](http://www.start-stiftung.de) eine Kurzbewerbung ein. Nach einer Vorauswahl werden die aussichtsreichsten Kandidaten aufgefordert, eine ausführliche Bewerbung online abzugeben. Für die endgültige Auswahl werden die Bewerber zu einem persönlichen Gespräch eingeladen.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung hat das START-Schülerstipendienprogramm im Jahr 2002 mit rund 20 Stipendien in Hessen begonnen. Heute unterstützen über 100 Kooperationspartner das Programm – Stiftungen aus Deutschland und den USA, Kultusministerien, Kommunen, Privatpersonen, Unternehmen und Vereine. Seit 2007 führt die START-Stiftung gemeinnützige GmbH als Tochtergesellschaft der Hertie-Stiftung das Programm durch. Im Schuljahr 2010/2011 werden insgesamt rund 700 Schülerinnen und Schüler aus über 60 Herkunftsländern gefördert. Zusammen mit den Stipendiaten, die bereits das Abitur abgelegt haben, profitieren rund 1.200 Stipendiaten von dem Programm. Von den 485 Alumni machten 97 Prozent das Abitur – 43,5 Prozent davon sogar mit einer Durchschnittsnote von 1,5 und besser. Nahezu alle ehemaligen START-Stipendiaten wählen für ihren weiteren Ausbildungsweg ein Studium. Im START-Alumni e. V. können sie dem Netzwerk weiterhin verbunden bleiben. START ist in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen vertreten.

[Mitteilung v. 15.02.2011]

#### Kontakt

Pressekontakt:  
START-Stiftung gGmbH  
c/o ICPAHL & GÜTTLER  
Silke Güttler  
Gluckstraße 27 H  
60318 Frankfurt a.M.

Tel.: (069) 66 12 48 52  
Fax: (069) 66 12 48 53

E-Mail: [S.Guettler@icpahl.de](mailto:S.Guettler@icpahl.de)  
Internet: <http://www.start-stiftung.de>

#### Initiative Hauptstadt Berlin e.V.: „HAUPTSTADTPREIS FÜR INTEGRATION UND TOLERANZ“

Frist: **21.03.2011**

Mit dem Ziel, das bürgerschaftliche Engagement für Integration und Toleranz in der Hauptstadt zu fördern und für eine weltoffene Metropole Berlin zu werben, hat die Initiative Hauptstadt Berlin e.V. (IHB) den „Hauptstadtpreis für Integration und Toleranz“ ins Leben gerufen. Schirmherrin des Hauptstadtpreises ist Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin bei der Bundeskanzle-

rin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Im Jahr 2007 wurde der mit einer Gesamtsumme von 15.000 Euro dotierte Preis erstmals ausgelobt, nun geht der Wettbewerb in seine vierte Runde: Auch in diesem Jahr können sich Vereine, Projektgruppen und sonstige nicht-staatliche Institutionen mit ihren laufenden Integrationsprojekten bewerben.

Die Bewerbungsfrist endet am 21. März 2011. Die besten Integrationsprojekte werden unter Anwesenheit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 13. April 2011 in einer öffentlichen Veranstaltung im Grand Hyatt Berlin prämiert.

Abstimmen über die erfolgreichsten Projekte wird eine hochkarätig besetzte Jury:

Unter

<http://initiative-hauptstadt.de/hauptstadtpreis/>  
sind die detaillierten Teilnahmebedingungen zu finden.

### Kontakt

Initiative Hauptstadt Berlin e.V.  
Grunewaldstraße 61-62  
10825 Berlin

Tel.: (030) 6 71 10 16  
Fax: (030) 67 80 45 40

E-Mail: [service@initiative-hauptstadt.de](mailto:service@initiative-hauptstadt.de)  
Internet: <http://www.initiative-hauptstadt.de>

Stiftung EVZ - Fotowettbewerb 2011:

### ALLE MENSCHEN SIND FREI UND GLEICH

Frist: **31.07.2011**

Mit dem diesjährigen Thema des Fotowettbewerbs „Alle Menschen sind frei und gleich“ möchte die Stiftung „Erinnerung Verantwortung Zukunft“ dazu einladen, eigene Reflexionen und Engagement zum Thema Menschenrechte zu dokumentieren.

#### Wer kann teilnehmen?

Am diesjährigen Fotowettbewerb kann erstmalig jeder teilnehmen, der an dem Thema des Wettbewerbs interessiert ist.

#### Preise

Eine Jury prämiert die besten zehn Fotografien mit je 250 Euro. Das Gewinnerbild wird anschließend von der Facebook-Community gewählt und mit weiteren 250 Euro ausgezeichnet.

Ihre Bewerbung bitte bis zum 31. Juli 2011 per E-Mail an [fotowettbewerb@stiftung-evz.de](mailto:fotowettbewerb@stiftung-evz.de).

Die Vollständige Ausschreibung finden Sie unter:  
<http://www.stiftung-evz.de/fotowettbewerb2011>

Der Fotowettbewerb bei Facebook:  
<http://www.facebook.com/stiftungevz>

### Kontakt

Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"  
Lindenstraße 20-25  
10969 Berlin

Tel.: (030) 259297-0  
Fax: (030) 259297-11

E-Mail: [info@stiftung-evz.de](mailto:info@stiftung-evz.de)  
Internet: <http://www.stiftung-evz.de>

## Qualifizierungen

### PROJEKT QSI NOVA

**Neue Wege im neuen Jahr gehen - vielleicht sogar bis zum deutschen Berufsabschluss?**

Das Projekt QSI nova bietet für Migrant/innen fachliche Qualifizierung von Anfang an in drei Berufsfeldern mit praktischen Tätigkeiten, auf dem Weg zur Externenprüfung. Wir sind ein Modellprojekt im Rahmen der modularen Nachqualifizierung. Das Qualifizierungsangebot enthält qualifizierungsbegleitenden Sprachunterricht mit Fokus auf die Sprache im jeweiligen Berufsbild. Integration wird sowohl in gesellschaftlicher Teilhabe als auch auf dem Weg zum beruflichen Abschluss erreicht.

Bei Interesse kann man an der QSInova-Kompetenzfeststellung teilnehmen. Diese dauert 10 Tage, am Ende erhalten Sie

- eine Einschätzung Ihres Sprachstandes,
- eine Empfehlung zu Ihrer Weiterbildung und
- einen Kompass mit Ihren dokumentierten beruflichen Vorerfahrungen.

Mit diesen Ergebnissen können Sie einen Bildungsgutschein für die Qualifizierungsangebote des Projektes erhalten. Die Qualifizierungsangebote beinhalten

- berufsfachlichen Unterricht,
- praktische Tätigkeiten,
- eine sprachliche Förderung und eine
- kontinuierliche und enge Begleitung zur Kompetenzentwicklung, bei sozialen Fragen, Stellensuche und Bewerbung.

Wenn Sie alle Module eines Angebotes absolvieren und die formalen Voraussetzungen erfüllen, besteht die Möglichkeit, an einer

- Externenprüfung

teilzunehmen und einen Berufsabschluss zu erwerben.

Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. QSInova wird in Kooperation mit mehreren Berliner Jobcentern durchgeführt.

Das neue Projekt wird von der zukunft im zentrum GmbH koordiniert. Menschen mit Migrationshintergrund können sich zu einem unverbindlichen Erstgespräch in der Rungestraße 19 in Mitte/Kreuzberg nahe S/U Janowitzbrücke unter der Telefonnummer (030) 27 87 33 58 oder unter der E-Mailadresse [gsinova@ziz-berlin.de](mailto:gsinova@ziz-berlin.de) anmelden.

Es gibt ein kurzweiliges QSInova – Video (unter: [http://www.jobassistenz-berlin.de/index\\_572b529bd86714cb1794001d9068d821\\_d\\_e.html](http://www.jobassistenz-berlin.de/index_572b529bd86714cb1794001d9068d821_d_e.html))

mit dem Schweizer Bäderbauer, geeignet auch für lange Winterabende.

### Kontakt

zukunft im zentrum GmbH  
Rungestraße 19  
10179 Berlin

Tel.: (030) 27 87 33 - 0  
Fax: (030) 27 87 33 36

E-Mail: [office@ziz-berlin.de](mailto:office@ziz-berlin.de)  
Internet: <http://www.ziz-berlin.de/>

## EUROPEAN MASTER IN INTERCULTURAL EDUCATION

### Weiterbildender Masterstudiengang für des akademische Jahr 2011/12

Bewerbungsfrist: **30.04.2011**

Der European Master in Intercultural Education ist ein einjähriger Weiterbildungsstudiengang. Es werden grundlegende Kenntnisse über die Migrationsgeschichte, die nationalen und multikulturellen Siedlungsstrukturen Europas, über Theorien des Sprachenlernens und Varianten des Zweitspracherwerbs, über Rassismus und andere Formen der Diskriminierung und die sich daraus herleitenden pädagogischen Herausforderungen vermittelt.

Ziel des Studiengangs ist es, die Studierenden zur kritischen Reflexion der subjektiven Verwurzelung in unterschiedlichen kulturellen Traditionen und Wertesystemen zu befähigen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, interkulturelle und antirassistische Erziehungsziele in pädagogische Umgebungen umzusetzen, Strategien zur Bekämpfung von Rassismus zu entwickeln sowie Konzepte zur Förderung von Sprachkompetenz bei Kinder ethnischer Minoritäten. Die Lehrveranstaltungen

finden sowohl in Englischer als auch in Deutscher Sprache statt.

### Kontakt

Infos (Montag bis Donnerstag, 10-15 Uhr)

EM in Intercultural Education  
Freie Universität Berlin  
FB Erziehungswissenschaften & Psychologie  
AB Interkulturelle Erziehungswissenschaft  
Habelschwerdter Allee 45  
14195 Berlin

Telefon: (030) 838 56329  
Telefax: (030) 838 55441

E-Mail: [christina.ayazi@zedat.fu-berlin.de](mailto:christina.ayazi@zedat.fu-berlin.de)  
Internet: <http://www.fu-berlin.de/em-ice>

### Neue Ausbildung für junge Erwachsene: „COUNSELOR DER KONFLIKTPSYCHOLOGIE IN DER FAMILIENHILFE“

Seminarbeginn: **31.03.2011**

Die DEAKAD – Deutsche Akademie für Konfliktlösung und gesellschaftliche Integration bietet eine zertifizierte Ausbildung zum „Counselor der Konfliktpsychologie in der Familienhilfe“ an.

Schwerpunkt dieser Ausbildung ist die Bewältigung von Konflikten im Rahmen der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien, unter besonderer Berücksichtigung von Migration und Integration.

Sie bereitet die TeilnehmerInnen auf ihr schwieriges und sie emotional stark forderndes Betätigungsfeld bestmöglich vor. Dazu gehört auch, dass sie in ihrer persönlichen Konfliktfähigkeit gestärkt und zur Selbstfürsorge befähigt werden, um möglichen Helferverstrickungen und drohendem Burnout-Syndrom effektiv vorbeugen zu können.

Zentrales Instrument der Zulassung zur Ausbildung ist eine interne Prüfung, bei der die persönliche Eignung und die Motivation der BewerberInnen eine gewichtige Rolle spielen. So können auch Personen zur Ausbildung zugelassen werden, die über keinen oder in Deutschland nicht anerkannten Schulabschluss verfügen.

Ihre späteren Berufsaussichten sind dank steigender Nachfrage nach MitarbeiterInnen mit besonderen interkulturellen Kenntnissen und Fähigkeiten, mit deren Hilfe sich beispielsweise in betreuten Familien eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in Gang setzen lässt, besonders günstig.

- Module der Ausbildung sind:
- Kommunikation und Konflikt
- Pädagogik und Frühpädagogik
- Familienhilfe
- Institutionelle Integrationsarbeit

Seminardauer: 7 Monate  
 + Praktikum: 6 Wochen  
 + Ferien: 2 Wochen

Die Ausbildung ist zertifiziert nach SGBIII und damit geeignet für die Einlösung von Bildungsgutscheinen.

Maßnahmen-Nummer: 955-0037-2011

Weitere Informationen zu unseren Lehrgängen unter:  
<http://www.deakad.de>.

### Kontakt

DEAKAD – Deutsche Akademie  
 für Konfliktlösung und gesellschaftliche Integration  
 Brandenburgische Straße 24  
 10707 Berlin

Ansprechpartnerin:  
 Frau Schöbel-Janowski

Tel.: (030) 1389 7481  
 Mobil: (0151) 2361 3075

E-Mail: [info@deakad.de](mailto:info@deakad.de)  
 Internet: [www.deakad.de](http://www.deakad.de)

### FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB) MODULARES LERNANGEBOT: BILDBEARBEITUNG FÜR PRINT UND WEB

Beginn: **28.2.2011** (Späterer Einstieg möglich)

Sie sind in der Öffentlichkeitsarbeit oder in kreativen Kontexten tätig oder aus anderen Gründen gefordert, Foto- und anderes Bildmaterial digital zu bearbeiten. Das modulare Lernangebot unseres Selbstlernzentrum-IT ermöglicht Ihnen Know-how-Entwicklung von den Basics bis zur professionellen Anwendung digitaler Bildbearbeitungstechniken für Print und Web. Sie lernen das Leistungsspektrum der Programme Photoshop und Gimp (freie Software) kennen und vertiefen ihre Kenntnisse in zahlreichen Übungen.

Die Fortbildung ist eine Kombination aus Präsenzterminen (Kursbausteine) und begleiteten Selbstlernmodulen (Lernbausteine). Je nach Vorkenntnissen und Zielen kombinieren Sie die Bausteine und legen den Umfang der Fortbildung im Gespräch mit unserer Lernberaterin fest. Sie streichen, was Sie nicht benötigen, kombinieren eine Teilzeitvariante oder belegen zusätzliche Kurse aus anderen Bereichen (z.B. Web Publishing, Layout, Office).

#### Dauer

28.02.-31.3.2011, ein späterer Einstieg ist jederzeit möglich, bitte rufen Sie uns an.

#### Präsenz-Termine

Mo, Mi, Do 13.30 – 16.30 Uhr

**Preis/Förderung:** Bildungsgutschein (Maßnahmenr.: 962/6308/09 - Agentur für Arbeit/Jobcenter) - Selbstzahlerinnen: Preis auf Anfrage

#### Voraussetzungen

Solide Computer-Grundkenntnisse, insb. Dateiverwaltung

#### Weitere Infos zur Fortbildung

[http://www.fczb.de/fileadmin/files/1-2011/bildbearbeitung\\_2011-1.pdf](http://www.fczb.de/fileadmin/files/1-2011/bildbearbeitung_2011-1.pdf)

### MOODLE FÜR FORTGESCHRITTENE

Beginn: **06.04.2011**

#### Online-Lernkurse professionell gestalten

Sie haben in ihrer beruflichen Praxis schon einige Erfahrungen mit dem Open-Source-Lernmanagementsystem „Moodle“ gesammelt und möchten Ihre Kenntnisse vertiefen, Ihr bisheriges Tun professionalisieren. Das Lernangebot bietet Ihnen hierzu die Gelegenheit. Es vermittelt Hintergrundwissen in der technischen Handhabung und Konfiguration von Moodle, das Sie in die Lage versetzt, künftig eigene Kurse komplett selbst zu entwickeln, zu gestalten und umzusetzen.

#### Themenschwerpunkte

- Lernaktivitäten zielgerichtet einsetzen, anlegen und einrichten:  
Lernpaket, Feedback, Test, Datenbank (2 Wochen)
- Kurskonfiguration und Kursgestaltung:  
Sicherung, Wiederherstellung, Gruppen, Blöcke (2 Wochen)
- Administration und Rechtekonzept:  
Nutzerverwaltung, Sprache, Design, Startseite, Rollen, Rechte, Backup, Plugins (4 Wochen)
- Installation und Servereinstellungen:  
Hosting, FTP, PHP, SQL, Update, Sicherheit, Logdaten, Statistiken (2 Wochen)
- Datenschutz und Rechtliche Hinweise:  
Policy, Lizenzrecht (1 Woche)
- Moodle und Web 2.0

#### Teilnahmevoraussetzungen

- Praktische Erfahrungen mit Moodle
- Versiert im Umgang mit E-Mail, Internet und in Dateiverwaltung
- Pädagogische Kompetenzen/ Berufserfahrung als Online-Trainerin
- Technisches Interesse
- Internetfähiger, solide ausgestatteter Computer

#### Lernform

- Start- und Abschluss-Workshop: 06.04.2011, 06.07.2011
- Präsenz- und Online-Einheiten, selbstorganisiertes Lernen, Coaching
- Wöchentlicher Zeitaufwand ca. 5 Stunden

**Dauer**

6.4.- 6.7.2011

**Kosten**

350,00 €, erm. 210,00 €

**Ort**

FrauenComputerZentrumBerlin e. V. (FCZB)

**Kontakt**

Anmeldung für beide Fortbildungen:

FrauenComputerZentrumBerlin e. V. (FCZB)  
Cuvrystraße 1  
10997 Berlin (Kreuzberg)

Renate Wolf

Tel.: (030) 617970-16

E-Mail: [slz@fczb.de](mailto:slz@fczb.de)Internet: <http://www.fczb.de>

## Workshops/ Tagungen

04.05., bridge – Fachveranstaltung:

### FLÜCHTLINGE ALS FACHKRÄFTE - WIE UNTERNEHMEN AKTIV WERDEN

4. Mai 2011, 13.00 bis 16.00 Uhr

**Veranstaltungsort:**

Gesundheits- und Sozialzentrum Moabit (GSZM)  
Zentrum Überleben,  
Haus J, kleiner Hörsaal, 1. Etage  
Turmstraße 21  
10559 Berlin

In Deutschland wird derzeit viel diskutiert über fehlende Auszubildende und Arbeitskräfte in Unternehmen, den demografischen Wandel und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Viele Flüchtlinge, die bereits in Deutschland leben, haben eine Ausbildung und Berufserfahrung: Sie sind Ärzte, Frisöre oder Facharbeiter. Andere haben keine einschlägige Ausbildung und bisher in ihrem Leben nur wenig Gelegenheit gehabt, die Schule zu besuchen. Sie alle kennen das Leben in Berlin und sind häufig sehr motiviert, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dennoch ist es schwer für Flüchtlinge, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Rechtliche und strukturelle Zugangsbarrieren oder fehlende Kompetenzen erschweren den Weg in die Betriebe. Zudem sind Unternehmen noch zögerlich bei ihrer Einstellung.

Das Berliner Netzwerk für Bleiberecht „bridge“ hat die Verbesserung der Teilhabe von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen am Erwerbsleben zum Ziel und schlägt deshalb eine Brücke hinein in die Unternehmen.

bridge möchte Sie herzlich einladen, zusammen mit der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm, Unternehmern und weiteren Vertretern aus Politik und Gesellschaft Herausforderungen und erprobte Ansätze zur betrieblichen Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

**Programm**

- **13.00 Uhr Grußwort des Gastgebers**  
Joachim Rüffer, Koordinator des Zentrums für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste im Zentrum Überleben
- **Flüchtlinge und Arbeitsmarktintegration – ein Thema für Berlin**  
Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales
- **Flüchtlinge im ESF - Zielsetzung des Bundesprogramms**

Sabine Baun, Leiterin der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

- **Fachkraft Flüchtling – Herausforderung und Notwendigkeit**  
Firma Gegenbauer (angefragt)
- **Angebote für Flüchtlinge und Unternehmen – ein Vorschlag für Kooperationen**  
Dr. Gerlinde Aumann und Joachim Ruffer, Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste
- **Was braucht Berlin? – 10 Thesen aus Sicht von bridge**  
Heidi Gellhardt, Arbeit und Bildung

#### Podiumsdiskussion ab 14.30 h

#### Welche Verantwortung tragen die Arbeitsmarktteure beim Thema Fachkraft Flüchtling?

- Günter Piening, Integrationsbeauftragter des Senats von Berlin (Moderation)
- Konrad Tack, JobCenter Neukölln (angefragt)
- Ulrich Söding, Leiter des Ausbildungsinstituts bei Vivantes
- Bernhard Kirsch, das büro für arbeitundausbildung
- Katharina Schumann, Handwerkskammer Berlin

#### Anschließend Empfang

#### Anmeldung per Fax oder E-Mail

Frau Bahar Yildirim  
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration  
Potsdamer Straße 65  
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017-2324  
Fax: (030) 9017-2320

E-Mail: [bridge@intmig.berlin.de](mailto:bridge@intmig.berlin.de)  
Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

#### Kontakt

Frau Imke Juretzka  
ESF-Projekt  
„bridge – Berliner Netzwerk für Bleiberecht“  
Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration  
Potsdamer Straße 65  
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017-2389

E-Mail: [bridge@intmig.berlin.de](mailto:bridge@intmig.berlin.de)  
Internet: <http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

## Aus Projekten und Vereinen

### Babel e.V.: PROGRAMM MÄRZ 2011

#### Aus dem Veranstaltungsangebot im März 2011

#### Öffentliche Veranstaltungen

#### Kid's Club - Offene Kinder- und Jugendarbeit

Spaß, Spiele, Basteln, Kochen, kreatives Gestalten, Line Dance und viele Überraschungen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund

**Montag bis Donnerstag von 14.00 - 18.00 Uhr**

#### Medienwerkstatt für Kids

Kinder und Jugendliche erlernen den Umgang mit den neuen Medien und bauen vorhandene Kenntnisse aus

**Ab Januar 2011, jeden Montag ab 14.00 Uhr**

#### Interkultureller Jugendbeirat im Haus Babylon

Austausch, Gespräche und Diskussionen zu verschiedenen Aspekten des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft

**Jeden Dienstag von 17.00 Uhr - 20.00 Uhr**

#### Begegnung der Kulturen - Interkultureller Brunch

Informationen, Gespräche, Austausch und gegenseitiges Kennenlernen von Menschen unterschiedlicher Kulturen in gemütlicher Atmosphäre zu unterschiedlichen Themen und Ländern

**Jeden Donnerstag von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr**

#### Begegnung der Kulturen - Interkultureller Jugendtreff

Salotreff - Freizeittreff für Jugendliche unterschiedlicher Kulturen und Herkunft (ab 18 Jahre)

Jugendliche unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft verbringen gemeinsam ihre Freizeit

**Immer freitags von 20.00 Uhr - 02.00 Uhr**

#### SelbstAnsichten - Ogonjok

Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treffen sich in gemütlicher Atmosphäre mit Spätaussiedlern zu einem geselligen Nachmittag.

**Am Freitag, den 25.03.2011, ab 15.00 Uhr**

#### Veranstaltungen mit Voranmeldung

Projektwochen mit Schulen: **März 2011**

Leseratten: Mit Kindern quer durch Indien

Mit Spannung, Spiel und viel Spaß wird die Lust auf Bücher, die Freude am Buch, sowie das Interesse an anderen Kulturen geweckt.

**Montags bis freitags, Termine auf Anfrage**

#### Fasching in aller Welt

Kinder lernen Faschingsbräuche anderer Länder kennen  
**Montag bis Freitag, Termine auf Anfrage**

**StadtSichten – Multikulturelles Berlin-Brandenburg**

Exkursionen ins multikulturelle Berlin-Brandenburg  
**Termine auf Anfrage**

**Kurse und Arbeitskreise**

**(Um Voranmeldung wird gebeten)**

**Deutschförderkurs für Schüler mit Migrationshintergrund**

Schriftliche und mündliche Übungen zur Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit in der deutschen Sprache speziell für Schüler mit Migrationshintergrund

**Montag und Donnerstag von 14.45 Uhr - 16.00 Uhr**

**Deutschförderkurs für Anfänger**

Hilfe bei der Entwicklung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache im mündlichen und schriftlichen Bereich

**Dienstag bis Donnerstag von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr**

**Deutschförderkurs für Fortgeschrittene**

Hilfe bei der Entwicklung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache für Teilnehmer mit Vorkenntnissen

**Montag - Donnerstag von 9.00 Uhr - 12.00 Uhr in der Zweigstelle Hellersdorfer Promenade 20**

Kinder erlernen und verbessern ihre kreativen Fähigkeiten

**Jeden Donnerstag von 14.00 Uhr - 17.00 Uhr**

**nata'allam al-'Arabiyya – Arabsich-Kurs**

Arabisch-Kurs für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

**Montag und Dienstag von 15.30 Uhr – 17.00 Uhr**

**Weltkinder – Kinderwelten**

Mit den Mikroprojekten „Logik-Training für Kinder“, Schach, Dame, Mühle und Halma für kleine Anfänger, Kreatives Gestalten von Stoffen“, Kinder gestalten unter fachlicher Anleitung selbst Stoffe, „Kids kochen sich durch die Welt“, Kinder kochen, backen und probieren Gerichte aus aller Welt

**Montag – Donnerstag ab 15.00 Uhr**

**Solnyschko - Sonnenscheinchen**

Russisch für Kinder. Kinder lernen spielerisch Russisch

**Montag bis Donnerstags 16.00 - 17.30**

**Keyboardunterricht für Kinder und Jugendliche**

Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

**Montag - Freitag ab 15.00 Uhr**

**Um telefonische oder persönliche Voranmeldung wird gebeten.**

**Auskünfte und Beratungen**

Niedrigschwellige Beratungs-, Betreuungs-, und Begleitangebote

**Beratung & Begleitung**

Mo – Fr 9.00 – 14.00 Di & Do 14.00 – 18.00

**Migratonssozialberatung**

Jeden Dienstag und Donnerstag

**Um Voranmeldung wird gebeten**

**Elternberatung für Eltern mit Migrationshintergrund**

Hilfe bei der Stärkung der Erziehungskompetenz für Eltern mit Migrationshintergrund

**Termine nach vorheriger Absprache**

(Änderungen vorbehalten)

Ausführliches Angebot unter:

<http://www.haus-babylon.de>

**Kontakt**

BABEL e.V.

Klausdorfer Straße 8

12629 Berlin-Hellersdorf

Tel.: (030) 99 858 91

Fax: (030) 99 893 20

E-Mail: [babel-berlin@t-online.de](mailto:babel-berlin@t-online.de)

Internet: <http://www.haus-babylon.de>

Verantwortlich: Dr. Mekonnen Shiferaw

**BAYOUMA-HAUS**

der Arbeiterwohlfahrt Friedrichshain-Kreuzberg e.V.

**Interkulturelle Begegnungsstätte  
in Friedrichshain - Kreuzberg**

Rudolfstraße 15 b (Ecke Modersohnstraße),

10245 Berlin - Friedrichshain

Tel.: 29 04 91 36

Fax: 29 04 91 29

E-Mail: [bayouma-haus@awo-friedrichshain-kreuzberg.de](mailto:bayouma-haus@awo-friedrichshain-kreuzberg.de)

**Beratungsangebote für Hilfesuchende  
aus Friedrichshain-Kreuzberg:**

Di. 13:00 – 16:00 u. Do. 09:00 – 14:00 Uhr:

**Sozialberatung, Frau Prodan**

Mo. 09:00 – 14:00 u. Mi. 13:00 – 16:00 Uhr:

**Sozialberatung, Herr Tablada**

Di. 13:00 – 16:00 u. Do. 09:00 – 14:00 Uhr:

**Gesundheitsberatung, Frau Garay**

Mi. 11:00 – 16:00 u. Do. 09:00 – 14:00 Uhr:

**Sozialberatung für Frauen, Frau Apicella**

**Bei uns gegen einen Kostenbeitrag erhältlich:**

- Broschüre „Berliner Arztpraxen mit Fremdsprachenkompetenz“
- sowie zwei Kochbücher: „Das Bayouma-Haus Kochbuch“ und „Nachbarn kochen im Bayouma-Haus“ mit Rezepten aus vielen Ländern.
- und die CD: „Der Garten der Hoffnung“, Kantate zum Thema Migration, komponiert von Cirilo Adiazola

Wir haben für Sie

**Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag**  
von 09:00 – 16:00 Uhr sowie **Mittwoch** von 11:00 – 16:00 Uhr  
geöffnet und nach Vereinbarung.

#### Ständige Angebote

Mo. 13:30 – 15:00 Uhr:  
**Englischkurs für SeniorInnen mit Grundkenntnissen** – kostenfrei

Mo. 17:00 – 19:00 Uhr:  
**Tangokurs** - kostenfrei  
Di. 10:00 – 16:00 Uhr:

**Näh- und Schneiderkurs** –  
(ab 15. März)  
Kostenbeitrag 1,- € pro Termin

Mi. 10:00 – 14:00  
**Akupunktur & Akupressur** mit Vu Van Oai  
(10,- € Kostenbeitrag pro Behandlung)  
Anmeldung erforderlich!

Mi. 16:30 – 18:30 Uhr:  
**Tanz – Workout (Kurs I)** mit Cumbia-, Huayno-, Afro- u. Oriental-Musik – Kostenbeitrag 10,- € mtl.

Do. 10:00 – 14:00 Uhr:  
**Klassische Massage und Schröpfen** mit unserer Heilpraktikerin. Termine bitte telefonisch bei Frau Mönch unter (0173) 878 37 51 vereinbaren.  
**Nur für Frauen!** – Kostenbeitrag 5,- €

Do. 16:30 – 18:00 Uhr:  
**Tanz – Workout (Kurs II)** mit Cumbia-, Huayno-, Afro- u. Oriental-Musik – Kostenbeitrag 10,- € mtl.

So. 11:00 – 15:00 Uhr:  
**Vietnamesischunterricht für Kinder**

Wir beraten in folgenden Sprachen:

Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch Italienisch und Rumänisch

Weitere Veranstaltungen im Rahmen des Frauenmärzes:

## Frauenfrühling im Bayouma-Haus

**Dienstag 08.03.2010 11:00 Uhr**



### Bayouma-Haus

**Frauenfrühstück mit Kulturprogramm**, mit Gedenken an **Dorit Lorenz**, eine engagierte Friedrichshainerin, die sich für die Gleichstellung der Frauen sowie die Bewahrung und Stärkung der kulturellen Landschaft im Bezirk und in Berlin eingesetzt hat.

Es erwartet Sie klassische Querflötenmusik mit **Myrta Palombi (Italien)**, ein Afroperuanischer Tanz mit **Mariela Durand (Peru)** und Gesang von **Maria Antonia González Cabezas (Chile)**.

**Donnerstag 10.03.2011 14:30 Uhr**



**"Frühlingsstart auf Rädern"**, Informationsveranstaltung mit der Polizeihauptkommissarin und Verkehrssicherheitsberaterin, Frau Wiedemann, zum bevorstehenden "Fahrradkurs für Anfänger und Fortgeschrittene in Friedrichshain", der von dem Bildungs- und Beschäftigungsträger BUF unterstützt wird.

**Ort: Gelände der Jugendverkehrsschule am Volkspark Friedrichshain in der Weinstr. 1**

**Freitag 11.03.2011 10:00 Uhr**

Vortrag zum Thema **"Stoffwechselveränderungen ab 40"** in Kooperation mit dem Feministischen Frauengesundheitszentrum (FFGZ)  
Frau Christina Sachse, Apothekerin und Dipl.-Biologin

## Frauenfrühling im Bayouma-Haus

**Mittwoch 16.03.2011 14:00–16:00 Uhr**



### Infonachmittag für Frauen Mutter-Kind-Kuren sowie aktuelle gesetzliche Änderungen im Sozialrecht

Frau Böving (Gesundheitservice AWO),  
Frau Belinda Apicella und Frau Angela Prodan  
(Bayouma-Haus)

Aus Sicherheitsgründen dürfen zu den Erwachsenenkursen keine Kinder mitgebracht werden!

Weiteres Programm und Informationen unter:

<http://www.bayouma-haus.de>

<http://www.awo-fk.de/>

<http://www.bayouma-gesundheit.de>

## UMVERTEILEN! STIFTUNG FÜR EINE, SOLIDARISCHE WELT

Arbeitsgruppe Er-Fahren fördert Begegnungsreisen  
in die Türkei

### Fördermittel 2011 für Türkei-Reisen vergeben

Die Arbeitsgruppe Er-Fahren fördert im Jahr 2011 fünfzehn Begegnungs-Reisen von Berliner Schulklassen oder Jugendgruppen mit knapp 300 Teilnehmenden in die Türkei mit je € 310 bzw. € 335 pro Person. Zudem ermöglichen wir acht Gruppen mit über 150 Teilnehmenden einen sechstägigen kostenlosen Aufenthalt mit Verpflegung in unserer Begegnungsstätte Afacan für eine interkulturelle Begegnung.

### Begegnungsreisen in die Türkei

Seit 1987 haben wir knapp 9000 Kindern und Jugendlichen in etwa 500 Gruppen mit insgesamt 2,4 Millionen Euro eine Reise in die Türkei sowie einige Rückbegegnungen hier oder Begegnungen in Afacan ermöglicht.

Gemeinsame Reisen in die Türkei bieten jungen Menschen deutscher, türkischer und/oder anderer Herkunft die Chance, neue Perspektiven zu gewinnen, Raster von Vorurteilsstrukturen zu überwinden, neue Zugänge zu sich selbst und zu anderen zu finden. Unterwegs können sie sich an der Gastfreundschaft, den reichhaltigen Speisen, der Schönheit der Landschaft, den Zeugnissen der Geschichte Kleinasiens erfreuen. Sie lernen andere soziale Verhaltensweisen kennen, die sie vielleicht sogar übernehmen. Sie erfahren, wie es ist, sich in ungewohnten Situationen zurechtfinden zu müssen oder sich fremd zu fühlen – und angenommen

zu werden. Und sie werden durch die Konfrontation mit Armut, mit anderen moralischen, politischen und religiösen Vorstellungen zur Auseinandersetzung mit den globalen Zusammenhängen von Macht und Reichtum bewegt.

Für Jugendliche, deren Familien aus der Türkei eingewandert sind und die sich immer wieder gezwungen sehen, sich mit ihrer Herkunft auseinander zu setzen, bieten solche Reisen die Möglichkeit, die sogenannte "Heimat" aus einer anderen als der privat-familiären Sicht kennen zu lernen und einen bestärkenden Rollentausch zu erleben. Sie sind es plötzlich, die sich am besten in der Landessprache verständigen können, denen Sitten und Gebräuche nicht völlig fremd sind, sie können "GastgeberInnen" sein. Andererseits sind sie der Türkei oft selbst entfremdet: Weil sie die Sprache nicht immer perfekt beherrschen, sich nicht unbedingt und nahtlos an die türkische Gesellschaft anpassen können oder weil sie als "Almanci" ("Deutschländer") Ressentiments erfahren.

Bewerbungen für das Jahr 2012 können bis zum 30. November 2011 eingereicht werden.

Näheres finden Sie im Internet unter [http://www.umverteilen.de/d\\_ag\\_03\\_erfahr\\_1\\_ueber.html](http://www.umverteilen.de/d_ag_03_erfahr_1_ueber.html).

Unter [stiftung@umverteilen.de](mailto:stiftung@umverteilen.de) können Sie einen Flyer sowie eine dvd (Yolda 1) über eine von uns geförderte Reise anfordern.

### Interkulturelle Programme in der Begegnungsstätte Afacan:

Seit 2004 betreiben wir eine Begegnungsstätte in der Türkei – die große parkähnlichen Anlage etwa 80 km nördlich von Izmir bietet viel Platz für Spiel und Sport, für künstlerische Aktivitäten, zum Ausspannen, Lernen, Diskutieren. Wir haben eine Reihe von Möglichkeiten geschaffen, die unsere Gäste nutzen können. Für ihr Programm sind die Gruppen jedoch selbst verantwortlich. Es gibt keinerlei buchbare "Animation", aber jede erdenkliche Unterstützung vom Team von Afacan. Ein Aufenthalt in Afacan sollte gut vorbereitet werden – je nachdem, ob dort Begegnung, Ausspannen, Auswertung oder Lernen stattfinden sollen

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.afacan.de>.

Unter [stiftung@umverteilen.de](mailto:stiftung@umverteilen.de) können Sie einen Flyer sowie einen kleinen Film über Afacan auf dvd anfordern.

## Kontakt

Umverteilen!  
Stiftung für eine, solidarische Welt  
Arbeitsgruppe Er-Fahren  
Merseburger Straße 3  
10823 Berlin

Tel.: (0)30 - 785 98 44

Fax: (030) - 786 52 24

E-Mail: [stiftung@umverteilen.de](mailto:stiftung@umverteilen.de)

Internet: <http://www.umverteilen.de>

MRBB:

### **EINHEIT DER NGOS IM KAMPF GEGEN RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG**

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB) als Interessenvertretung von Migrant/innen und Minoritäten in Berlin und Brandenburg führt heute mit einem neuen Aufruf an alle NGOs und Expert\_innen im Bereich Migration die Konkretisierungsphase des Landesaktionsplans gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) fort.

„Nach der Formulierung von über 380 Empfehlungen seitens der Zivilgesellschaft im März 2010 und der Abgabe dieses Maßnahmenpakets an die Landesstelle für Gleichberechtigung – gegen Diskriminierung (LADS), geht es nun mit den Verhandlungen weiter. Die Berliner Senatsverwaltungen haben sich bereit erklärt nur 44 Maßnahmen zu implementieren. Damit sind wir nicht einverstanden. Es besteht dringender Handlungsbedarf“, sagte Frau Nuran Yiğit, Vorstandssprecherin des MRBBs.

Der LAPgR wurde im Landsbeirat für Integrations- und Migrationsfragen (LB) eingehend diskutiert. Der MRBB als Mitglied des LB veranlasste in der Sitzung vom 20.09, dass der vorliegende Maßnahmenkatalog als Ergebnis der ersten Phase des Erstellungsprozesses anzusehen ist. Der LB beschloss im weiteren Verlauf im Rahmen einer AG aus Verwaltung und NGOs die Empfehlungen der NGOs sowie die Stellungnahmen der Senatsverwaltungen mit dem Ziel zu diskutieren, weitere Maßnahmen zu formulieren.

„Vor der AG sollen die Empfehlungen konkretisiert werden. Das Ergebnis soll sein, sie in kurz-mittelfristige Maßnahmen zu unterteilen. Eine Prioritätenliste ist für eine schnelle Umsetzung wichtig. Allerdings ist auch ein Senatsbeschluss notwendig, damit der LAPgR rechtskräftig wird“, betonte Frau Yiğit.

Der Migrationsrat fordert den Senat auf, einen Beschluss zur Umsetzung des LAPgR umgehend zu fassen. Nur mit einer rechtskräftigen Verabschiedung ist eine nachhaltige und effektive Umstrukturierung der Berliner Verwaltung im Kampf gegen Rassismus machbar.

[PM v. 15.02.2011]

Der „Aufruf zur Diskussion und Abgleich der Stellungnahmen der Senatsverwaltungen mit dem Maßnahmenkatalog erstellt von der Zivilgesellschaft im Rahmen des Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR)“ - Termin am **09.04.2011**,

**9:30-16:00 Uhr im Familiengarten, Oranienstr. 34, HH Hochparterre** - Im Internet unter <http://www.mrbp.de>.

#### **Kontakt**

Migrationsrat Berlin Brandenburg e. V.  
Oranienstraße 34  
10999 Berlin

Elena Brandalise

Tel.: (030) 616 587 55

Fax: (030) 616 587 56

E-Mail: [info@mrbp.de](mailto:info@mrbp.de)

Internet: <http://www.mrbp.de>

### **AWO-BEGEGNUNGSZENTRUM Monatsprogramm März 2011**

#### **Mittwochs, 11.00–14.00 Uhr**

BITTE BEACHTEN!

Die Handarbeitsgruppe „Bunte Kreationen“ unter Anleitung von Piera Delpopolo trifft sich mittwochs.

Ort: AWO Begegnungszentrum, Seniorenraum im Erdgeschoss.

#### **01.03., Dienstag, 15.00 Uhr**

Kinder aus der SGA und Seniorinnen basteln kleine Geschenke zum Frauentag. Bitte um Anmeldung unter Tel: 695 35 6-13. Ort: AWO Begegnungszentrum, Erdgeschoss.

#### **07.03., Montag, 10.00 Uhr**

„Frauenmärz“ Veranstaltungen zum Frauentag  
Mit Begrüßung durch Bürgermeister Herrn Dr. Franz Schulz und der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Petra Koch-Knöbel. Eine Auftaktveranstaltung mit einer Vortragen und einem kleinen Imbiss/Frauenfrühstück. Ort: Rathaus Kreuzberg, BVV-SAAL, Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin.

#### **07.03., Montag, 14.00 Uhr**

„Treffpunkt der Kulturen“ feiert sein traditionelles Faschingfest. Live Musik mit dem Schneider Duo, Kaffee, Tee und Bowle. Teilnahmegebühren 5,00 €. Anmeldungen unter Tel.: 695 34 051. Ort: Begegnungsstätte Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

#### **08.03., Dienstag, 15.00-18.00 Uhr**

„Frauen in Bewegung“ anlässlich des 100jährigen Jubiläums feiern wir den internationalen Frauentag mit einem kleinen Überblick über die Frauenbewegung und musikalischem Rahmenprogramm. Eine Veranstaltung der NKM. Ort: Familiengarten, Oranienstr. 34, 10999 Berlin.

#### **10.03., Donnerstag, 10.30 Uhr**

Interkulturelle Berufsberatung mit Kumulus Plus in türkischer Sprache, in Kooperation mit SGA, Rucksack, Hippy, Opstapje. Interessierte sind herzlich willkommen. Ort: AWO Begegnungszentrum, Seniorenraum im Erdgeschoss.

### 15.3., Dienstag, 13.00 Uhr

Frauen-Frühstück und Gespräch mit einer Vermittlerin aus dem JobCenter Friedrichshain-Kreuzberg zum Thema: Welche Möglichkeiten gibt es, einen Job zu finden bzw. zu erhalten? Ort: AWO Begegnungszentrum, 1.Stock.

### 21.03., Montag, 13.30 Uhr

„Frauenbewegung“. Flotter Spaziergang zum Frühlingsanfang mit leichten Bewegungseinheiten und mit einem Besuch bei SchokoSport. Unterwegs suchen wir uns Kräuter für unseren Fitnesstee. Wir bitten um bequeme Kleidung. Eine Kooperation des Begegnungszentrums mit HeileHaus und SchokoSport. Treffpunkt: AWO Begegnungszentrum.

## FREIZEITGRUPPEN

### Sonntags und Montags, 12.00–17.00 Uhr

Türkischsprachige Rentnergruppe  
Ort: AWO Begegnungszentrum, Cafeteria.

### Dienstags, ab 14.00 Uhr

Spanischsprachige Rentnergruppe  
Ort: AWO Begegnungszentrum, Cafeteria.

### Donnerstags, 15.00-18.00 Uhr

Dobar Dan Gruppe, Rentner aus dem früheren Jugoslawien treffen sich alle zwei Wochen: 03.03., 17.03., 31.03. 2011. Ort: AWO Begegnungszentrum, Seniorenraum.

### Freitags, 17.00-21.00 Uhr

Griechischsprachige Rentnergruppe  
Ort: AWO Begegnungszentrum, Cafeteria.

## Kontakt

AWO Begegnungszentrum  
Adalbertstraße 23A  
10997 Berlin-Kreuzberg  
Internet: <http://www.begegnungszentrum.org>

Weitere Auskünfte bei:  
Filiz Müller-Lenhartz,  
Tel.: (030) 6953 5613  
oder  
Susanne Koch  
Tel.: (030) 6953 5619

## Veranstaltungen

06.03., allmende e.V. :

### 100 JAHRE WELTFRAUENTAG 50 Jahre Einwanderung aus der Türkei

Sonntag, 06.03.2011  
allmende e.V.  
Kottbusser Damm 25-26

Viele Frauen sind im Rahmen der Anwerbung und danach aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien, aus Griechenland und anderen Ländern nach Deutschland gekommen. Sie alle waren mutig, sie haben vieles zurückgelassen. Hier haben sie dafür gesorgt, dass Deutschland sich wirtschaftlich, sozial, politisch und multikulturell weiterentwickelt. Dennoch müssen Migrantinnen, insbesondere aus Ländern mit mehrheitlich muslimischem Hintergrund, gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen kämpfen.

### Rednerinnen

- Gesine Löttsch, Vorsitzende der Partei Die Linke
- Bosiljka Schedlich, Südost Europa Kultur e.V
- Figen İzgin, Allmende e.V.

### Musik

Maviş Güneşer, Dilek & Celal, İsa, Direnç

Die Veranstaltung wird übersetzt. Mit einem Buffet wird für das leibliche Wohl gesorgt.

## Kontakt

allmende e.V.  
Haus alternativer Migrationspolitik und Kultur  
Kottbusser Damm 25-26  
10967 Berlin

Tel: (030) 49802013

E-Mail: [allmende.berlin@yahoo.de](mailto:allmende.berlin@yahoo.de)  
Internet: <http://www.allmendeberlin.de>

14. bis 27. März, Gesicht Zeigen!:

## **AKTIONSWOCHEN GEGEN RASSISMUS** **Veranstaltungsüberblick**

Auch in diesem Jahr organisiert Gesicht Zeigen! die bundesweite Aktionswoche gegen Rassismus. Anlass ist der UN-Tag gegen Rassismus am 21. März, die Aktionswoche läuft in diesem Jahr vom 14. bis 27. März.

Gesicht Zeigen! lädt ein zu folgenden Veranstaltungen:

### **Dienstag den 15. März, 19:30 Uhr** **"Das Herz von Jenin"**

Filmvorführung und Gespräch mit Regisseur Marcus Vetter

Der Film erzählt die wahre Geschichte eines Palästinensers, der die Organe seines von israelischen Soldaten erschossenen Sohnes an israelische Kinder spendete. Der Palästinenser ermöglicht dadurch mitten im Nahostkonflikt israelischen Kindern das Weiterleben.

### **Mittwoch den 16. März, 19:30** **"Neukölln Unlimited"**

Filmvorführung und Gespräch mit Regisseur Dietmar Ratsch

Die Geschwister Hassan, Lial und Maradona leben seit frühester Kindheit in Berlin, ihre Familie stammt aus dem Libanon und ist seit 16 Jahren von der Abschiebung bedroht. Die drei wollen mit ihrer Kunst erreichen, dass diese legal im Land bleiben kann.

### **Freitag, 18. März, 19:30 Uhr** **"Das Manifest der Vielen"**

Lesung und Gespräch mit Naika Fourutan, Hatice Akyün u.a.

Das "Manifest der Vielen" ist Gegengift und Pflichtlektüre: Um sich nicht abzuschaffen, muss Deutschland sich neu erfinden. Dreißig profilierte Autorinnen und Autoren schreiben über ihr Leben in Deutschland, über Heimat und Identität, über ihr Muslim- oder Nicht Muslim-Sein anlässlich der Sarrazin-Debatte.

Alle Veranstaltungen finden statt in der Ausstellung "7xjung - dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt", S-Bahn-Bögen 416-422 am S-Bahnhof Bellevue, Flensburger Straße 3, Berlin - Tiergarten. Der Eintritt ist frei.

Mehr Informationen und das komplette Programm unter <http://www.gesichtzeigen.de>

## **Kontakt**

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.  
Koppenstraße 93  
10243 Berlin

Tel.: (030) 3030 808 0

Fax: (030) 3030 808 30

E-Mail: [info@gesichtzeigen.de](mailto:info@gesichtzeigen.de)

Internet: <http://www.gesichtzeigen.de>

## **WERKSTATT DER KULTUREN** **Programm März 2011**

DO, 3.3.2011, 19 Uhr, Saal, Eintritt frei

### **WorldWideCinema / ASIAN CINEMA / Der Duft der grünen Papaya**

Spielfilm, R: Trần Anh Hùng, F 1993, 104 Min., OmU / Kuratorin: Jeannette Gaussi

FR, 4.3.2011, 20 Uhr, Saal, Eintritt 10/7 €

### **Konzert / Frühlingserwachen / Nuri Karademirli, Haydar Kutluer & die Solisten des Konservatoriums für türkische Musik Berlin**

FR, 4.3.2011, 21 Uhr, Club, Eintritt 7/5 €

### **MigrationMusic / Pan African Groove Collective**

Jonas BiBi Hammond (bass), Marcel Van Cleef (drum, perc), K.G. (voc, guitar), Kelvin Sholar (piano, keyboard), Robby Gerken (percussion) & spezial guests / Kurator: Jonas Bibi Hammond

Sonntag, 06.03.2011, 14:00, Saal

### **Ikebana**

### **VORFÜHRUNG DER BERLIN BRANCH DER SOGETSU SCHOOL TOKYO**

Feier zum 10-jährigen Jubiläum der Berlin Branch Ikebana ist die japanische Kunst des Blumensteckens. Die avantgardistische Sogetsu Ikebana Schule wurde 1927 von Sofu Teshigahara gegründet und verbreitete sich innerhalb weniger Jahre über die ganze Welt...

Eintritt: 24 € / 18 €

Veranstalter/-in: Werkstatt der Kulturen

DO, 10.3.2011, 19 Uhr, Saal, Eintritt frei

### **WorldWideCinema / SZENE ORIENT / Yacoubian Building - Omaret Yakobean**

Spielfilm, R: Merwan Hamed, EG 2006, 161 Min., OmU / Kurator: Hakim El-Hachoumi

FR, 11.3.2011, 21 Uhr, Club, Eintritt 7/5 €

### **MigrationMusic / Pan African Groove Collective**

Jonas BiBi Hammond (bass), Marcel Van Cleef (drum, perc), K.G. (voc, guitar), Kelvin Sholar (piano, keyboard), Robby Gerken (percussion) & spezial guests Kurator: Jonas Bibi Hammond

SA, 12.3.2011, 20 Uhr, Saal, 8/5 €

### **Folklore & more / Sonamu & Co (koreanische Tanzgruppen Berlin) Programmgestaltung: Dominika Wagner-Kim**

DO, 17.3.2011, 19 Uhr, Saal, Eintritt frei

### **WorldWideCinema / AFRO DIGITAL / uGugu no Andile (Gugu and Andile)**

Spielfilm, R: Minky Schlesinger, ZA 2008, 96 Min., OV  
/ Kurator: Enoka Ayemba

FR, 18.3.2011, 21 Uhr, Club, Eintritt 7/5 €

**MigrationMusic / Defne Şahin Group**

Jazz, Pop sowie orientalische Klänge  
Matti Klein (Piano, Fender Rhodes) aus Deutschland,  
Ofer Wetzler (E-Bass) aus Israel und Lucia Martínez  
(Schlagzeug) aus Spanien / Kurator: Jonas Bibi  
Hammond

FR, 18.3.2011, 20 Uhr, Saal, Eintritt 12/8 €

**Licht & Schatten / Jazzperformance**

Akira Ando (b, comp., art director), Azusa Dodo (voc.  
opera), Floros Floridis (sax), Emi Hariyama (ballet  
dance), Rainer Korf (v), Annalisa Maggiani (butoh  
dance), Günther "Baby" Sommer (dr), Susanne  
Wegener (p, comp., choreography)

SA, 19.3.2011, Saal

**Kurdisches Neujahrsfest  
der Gemeinde der Kurden aus Syrien**

SO, 20.3.2011, Saal

**Nevroz-Fest des Afghanischen Kommunikations-  
und Kulturzentrums**

DO, 24.3.2011, 19 Uhr, Saal, Eintritt frei

WorldWideCinema / MADE IN EUROPE

**Wir bleiben hier, Dokumentarfilm,**

R: Dirk Otto, DDR 1990, 30 Min., deutsch

**Sunday menu, Spielfilm,**

R: Liesl Nguyen, D 2011, 25 Min., OmU

Die Regisseurin Liesl Nguyen wird als Gesprächsgast  
anwesend sein!

**Hanoi – Warsawa Spielfilm,**

R: Katarzyna Klimkiewicz, Polen 2009, 27 Min., OmU

Kuratorin: Masayo Kajimura

Fr, 25.3.2011, 21 Uhr, Club, Eintritt 7/5 €

MigrationMusic / Fuasi & Band / Kurator: Jonas Bibi  
Hammond

MI, 30.3.2011, 18 Uhr, Saal

**Wir reisen durch unseren Kiez - Premiere**

Film(Kunst)projekt der Neuköllner Karlsgarten Grund-  
schule und der Lemgo-Grundschule in Kreuzberg

DO, 31.3.2011, 19 Uhr, Club, Eintritt 7/5 €

WorldWideCinema /

PERSPECTIVA AMERICA LATINA

**Días de Santiago Spielfilm,**

R: Josué Méndez, Peru 2004, 82 Min., OmU

Kuratorin: Fatima Lacerda

Weitere Programm-Infos unter

<http://www.werkstatt-der-kulturen.de>

**Kontakt**

Werkstatt der Kulturen  
Wissmannstraße 32

12049 Berlin

Tel.: (030) 60 97 70-0

Fax: (030) 60 97 70-13

E-Mail: [info@werkstatt-der-kulturen.de](mailto:info@werkstatt-der-kulturen.de)

Internet: <http://www.werkstatt-der-kulturen.de>

14.03., Deutsches Theater:

**DIE ABENTEUER**

**DES HOMO MIGRANTES-BERLIN**

**Einwanderungsgeschichten der 2. und 3. Migrati-  
onsgeneration**

Wer seine Heimat verlässt und in einer neuen Gesell-  
schaft ankommt, überwindet existenzielle Barrieren.  
Das Individuum erlebt einen Veränderungsprozess.

Nichts ist, wie es war. Die Persönlichkeit wird heraus-  
gefordert. Hoffnungen und neue Perspektiven paaren  
sich mit Verlustgefühlen und Erfahrungen von Hilflosig-  
keit. Fremdheit und Ausgrenzung verbinden sich mit  
Sehnsucht nach Heimat. Diese Odyssee verändert seit  
70 000 Jahren das menschliche Potenzial der Völker.“  
Erst die Erinnerung gibt unserem Leben einen Sinn,  
sagt Marcel Proust.

Mit ‚Die Abenteuer des Homo Migrantes-Berlin‘ gelingt  
es erstmals junge Migrations-Prosa über die Einwande-  
rung nach Berlin als narrative und szenische Lesung  
auf die Bühne zu bringen. Dafür schrieben 300 Schü-  
lerautoren der 2. und 3. Migrationsgeneration die Ein-  
wanderungsgeschichten ihrer Familien, Freunde, Be-  
kannten oder von Straßenpassanten.

Vier AutorInnen verdichteten das Material zu zwölf Er-  
zählungen. Eine erste Lesung ist als Wettbewerb in-  
szeniert, eine hundertköpfige Schülerjury stimmt über  
das Ranking der Geschichten ab. Die poetische Insze-  
nierung der zweiten Lesung macht das Abstimmungs-  
ergebnis der ersten Lesung transparent und stellt zum  
Schluss die Ergebnisse vor.

**Termine:**

**14. März 2011, 19 Uhr**

**Deutsches Theater, Saal, Schumannstraße 13, 10117  
Berlin, U Bahn Friedrichstraße**

**15. April 2011, 20 Uhr**

**Kreuzberg Museum, Adalbertstraße 95A, 10999 Ber-  
lin-Kreuzberg, U Bahn Kottbusser Tor**

Die Schülerautoren und die Jury folgender Schulen:  
Leibnitz Gymnasium, Lina Morgenstern, Ferdinand  
Freiligrath, Rütli Campus, Albert Schweitzer Gymnasi-  
um, Röntgen Gemeinschaftsschule, Bouchè Grund-  
schule

Wir danken all jenen, die ihre Geschichte erzählten und den beteiligten Lehrern für Ihr Engagement, sowie der Jugend- und der Familienstiftung des Landes Berlin, die 2010 den Geschichtsschreibprozess finanziell unterstützten.

Es lesen: Reza Saadatian Silvana Mango Zübeyde Bulut Sena Friemuth N. d. C. Oliveira Daria Kolembach  
Musik: Matthew Mc Grath, Paul Mamatis, Grafik und künstlerische Mitarbeit: Peter Tucholski, Die Schreibwerkstatt: Wolf Hogeckamp, Ulf Mailänder, Isabella Mamatis, Marco Wengler Initiatorin und Regie: Isabella Mamatis

Eine Produktion von ‚Denk-mal für Migration‘ in Kooperation mit: dem Jungen DT und der Heinrich Böll Stiftung.

Mit finanzieller Unterstützung durch den Senat für Wissenschaft Forschung und Kultur Ref. Interkulturelle Projekte und Stiftung PS Sparen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

### Kontakt

Anmeldung per E-Mail oder telefonisch unter

Lange Tafel e.V.  
Bühne für Wirtschaft und Kultur  
Jüterboger Straße 6a  
10965 Berlin

Tel.: (030) 693 95 23

E-Mail: [info@lange-tafel.com](mailto:info@lange-tafel.com)  
Internet: <http://www.lange-tafel.com>  
<http://www.denk-mal-fuer-migration.com>

### 22.-26.03.: ISLAMWOCHE BERLIN

Der Integrationsbeauftragte des Berliner Senat ist Schirmherr der diesjährigen Islamwoche Berlin, die vom 22. bis 26. März 2011 in den Räumlichkeiten der Werkstatt der Kulturen stattfindet.

Günter Piening wird am Dienstag, den 22. März um 17:30 Uhr die Islamwoche offiziell eröffnen und anschließend an der Podiumsdiskussion zum Thema "Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es gegen Islamfeindlichkeit" teilnehmen.

Weitere Informationen zur Islamwoche gibt es unter <http://www.islamwoche-berlin.de>.

### Kontakt

Veranstaltungsort:

Werkstatt der Kulturen

Wissmannstraße 32  
12049 Berlin

Tel.: (030) 60 97 70-0  
Fax: (030) 60 97 70-13

E-Mail: [info@werkstatt-der-kulturen.de](mailto:info@werkstatt-der-kulturen.de)  
Internet: <http://www.werkstatt-der-kulturen.de>

E-Mail: [info@islamwoche-berlin.de](mailto:info@islamwoche-berlin.de)  
Internet: <http://www.islamwoche-berlin.de>

## Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

### ONLINE-STUDIE

#### Friedrich-Schiller-Universität Jena befragt Menschen mit türkischen Migrationshintergrund

In dieser wissenschaftlichen online-Studie geht es um das Bild, das soziale Gruppen unterschiedlicher Herkunft von ihrer gemeinsamen Gruppe haben und wie sie ihre Beziehung wahrnehmen und bewerten.

Es werden noch Menschen aus ganz Deutschland gesucht, die einen türkischen Migrationshintergrund haben bzw. sich der Gruppe der „Türken in Deutschland“ zugehörig fühlen und an der Studie teilnehmen möchten. Die Befragung dauert ca. 10-15 Minuten, als Dankeschön werden am Ende der Studie 5 x 50 Euro verlost. Über den folgenden Link gelangen Sie zur Studie:

<http://ww3.unipark.de/uc/deuschtuerkisch/>

Sachbuch

### MANIFEST DER VIELEN

Wir leben heute schon in der Welt von morgen

Hilal Sezgin (Hrsg.)

#### Manifest der Vielen

Deutschland erfindet sich neu

Mit Beiträgen von: Hatice Akyün, Naika Foroutan, Pegah Ferydoni, Navid Kermani, Ilija Trojanow, Feridun Zaimoglu u. v. a.

224 Seiten, Paperback  
ca. € 12,90 [D] / € 13,30 [A] / CHF 23,50\*  
978-3-936738-74-2 [WG 1970]



Profilierte Autorinnen und Autoren aus Kultur, Gesellschaft und Medien schreiben über ihr Leben in Deutschland, über Heimat und Fremde, über ihr Mus-

lim- oder Nicht-Muslim- Sein anlässlich der Debatte um Sarrazin und die Folgen.

Persönliche Geschichten und kritische Analysen bilden den Schwerpunkt – und zielen im Kern auf die Frage nach deutscher Identität heute und in Zukunft. In einer Vielfalt der Stimmen für »das Eigenrecht gelebten Lebens« (Hilal Sezgin) ist dieses Manifest zugleich Gegengift und Pflichtlektüre: Um sich nicht abzuschaffen, muss Deutschland sich neu erfinden.

Die Herausgeberin Hilal Sezgin wurde 1970 in Frankfurt am Main geboren, studierte in ihrer Heimatstadt Philosophie und arbeitete danach mehrere Jahre im Feuilleton der »Frankfurter Rundschau«. Seit 2007 lebt sie als freie Autorin in der Lüneburger Heide und schreibt u.a. für »Die Zeit« und die »taz«. Im Frühjahr 2011 erscheint bei Dumont ihr Buch »Landleben. Von einer, die raus zog«.

### Kontakt

Blumenbar Verlag GmbH & Co KG  
Klosterstraße 44  
10179 Berlin

Tel.: (030) 2009 509-55  
Fax: (030) 2009 509-66

E-Mail: [look@blumenbar.de](mailto:look@blumenbar.de)  
Internet: <http://www.blumenbar.de>

Neue Veröffentlichung:

### WIDERSPRUCH 59

#### Integration und Menschenrechte

Inhalt:

Migration, Islam, Leitkultur; Integrationsdiskurse, Citoyenneté, Interkultur, Härtefallpraxis, Grundrechte; Einbürgerung, Second@s, Gewerkschaften; Sarrazin-Debatte, Sozialstaat und Desintegration; Kopftuch- und Burkaverbot, Neo-Rassismus.

224 Seiten, CHF 25.00 / EUR 16.00

Heft bestellbar unter <http://www.widerspruch.ch/>.

### Kontakt

WIDERSPRUCH Postfach  
CH-8031 Zürich  
Tel / Fax: 044 273 03 02

E-Mail: [redaktion@widerspruch.ch](mailto:redaktion@widerspruch.ch)  
Internet: <http://www.widerspruch.ch/>

Naika Foroutan (Hrsg.)

### SARRAZINS THESEN AUF DEM PRÜFSTAND

Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland

Download als PDF unter

[http://www.migration-online.de/data/sarrazin\\_dossier\\_23.12.2010\\_finale\\_version\\_1.pdf](http://www.migration-online.de/data/sarrazin_dossier_23.12.2010_finale_version_1.pdf)

Download:

### MEHRSPRACHIGE PATIENTENFRAGEBÖGEN UND THERAPIEPLÄNE

Der Verein Bild und Sprache e.V. hat von Ärzten entwickelte Patientenfragebögen und Therapiepläne in derzeit 15 Sprachen für den kostenlosen Download bereit gestellt.

Fast jeder Patient bekommt beim Arzt, zumindest beim Erstbesuch, einen Fragebogen. Fremdsprachige Patienten oder auch die begleitenden Übersetzer erhalten der Erfahrung nach oft keinen Bogen oder können ihn nicht ausreichend ausfüllen. Dem Arzt fehlen dann wichtige Informationen. Es können beispielsweise Medikamente nicht zusammen passen. Die Patienten sollten den Fragebogen am besten schon in Ruhe zuhause ausfüllen und ihn an der Anmeldung in der Praxis vorzeigen. Dann kann sich der Arzt besser in der Sprechzeit direkt den Problemen seines Patienten widmen.

Link: <http://medi-bild.de/hauptseiten/Materialien.html>

### Kontakt

Verein Bild und Sprache e. V.  
Waiblinger Str. 82  
70372 Stuttgart

Tel.: (0160) 97662113  
Fax (0711) 63 323 62

E-Mail: [info@medi-bild.de](mailto:info@medi-bild.de)  
Internet: <http://www.medi-bild.de>

tip doc:

## ARZT-PATIENT-GESPRÄCH IN BILDERN

*tip doc* – Bücher für eine bessere Verständigung mit fremdsprachigen Patienten und bei Sprachproblemen, in Praxis, Klinik, Pflegedienst. Die gängigsten Begriffe aus Praxis und Pflege zu



Beschwerden, Untersuchung und Behandlung sind praxis- und patientengerecht in einfachen Bildern mit mehrsprachigen Untertiteln dargestellt. Der Patient guckt sich „seine“ Bilder aus und tippt sie beim Arzt an. Der Arzt wiederum kreuzt die Therapie und Medikation an. Die Verständigung wird erheblich erleichtert und abgesichert. Man ist unabhängiger und für Notfälle gerüstet. Der Patient wird sofort aktiv eingebunden. Alles Variablen für eine bessere Compliance.

Mit der großen Sprachpalette wird das Buch auch bestens in Sprach- und Frauenkursen aufgenommen. Das Bildkonzept der *tip doc*-Reihe stützt sich wohlbegründet auf Erkenntnisse der Lernpsychologie: Bilder unterstützen das bloße Vokabellernen (prozessuales Gedächtnis) wesentlich durch Aktivierung unterschiedlicher Formen des Gedächtnisses wie dem Wiedererkennen von Vertrautem, Erlebnissen (deklaratives Gedächtnis) und Emotionen und körperlichen Bedürfnissen (emotionales Gedächtnis).

Der setzer verlag bietet mittlerweile ein breites Programm mit Pflegekarten für die Kitteltasche, DIN A4-Klappkarte für den Stationswagen und überarbeitete und erweiterte Versionen des *tip doc*-Buchs in der 2. Auflage jetzt mit insgesamt 10 Sprachen, darunter russisch, arabisch, persisch.

Informationen und Bestellfax unter <http://www.tipdoc.de> oder per E-Mail [info@setzer-verlag.de](mailto:info@setzer-verlag.de) oder im Buchhandel.

Heiligensetzer et al.; 2010; Setzer Verlag  
*tip doc home*  
 verschiedene Sprachausgaben · 80 Seiten · 17,90 €  
*tip doc home uro*  
 Begleitheft Urologie · 12 Seiten · 5,65 €  
*tip doc professional*  
 türkisch-russisch-deutsch · 100 Seiten · 23,90 €  
*tip doc pflege*  
 DIN A4 Folder für den Stationswagen · 5,95 €  
*tip doc coat cards*  
 5 Kunststoffkarten für die Kitteltasche · 4,50 €  
*tip doc* Urinprobe  
 Aufkleber für die Patiententoilette in 10 Sprachen DIN A5 · 2,50 €

## Kontakt

Setzer Verlag  
 Seyfferstraße 53  
 70197 Stuttgart

Tel.: (0160) 97662113  
 Fax: (0711) 63 323 62

E-Mail: [info@setzer-verlag.de](mailto:info@setzer-verlag.de)  
 Internet: <http://www.setzer-verlag.de>